

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beiträge Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbann, Magdeburg. Reichardt, Druck von Franz Heßge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Saloststraße 40, Redaktion: Breitenweg 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1587.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandsende monatlich 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.00 Mk. In der Expedition sind den Abonnenten vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. bei den Postanstalten 2.50 egl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren die Spaltenbreite 15 Pf. Post-Zustellgebühr Nr. 7926

Nr. 19.

Magdeburg, Mittwoch, den 24. Januar 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Unfallversicherungs-Novelle.

Als die Interpellation Möller im Reichstag beraten wurde, da waren Haus und Bundestratsliche und Tribünen überfüllt. Heute dagegen, als die erste Beratung der Novelle zur Unfallversicherung, ein Gesetz für arme Leute, auf der Tagesordnung stand, heute waren die Tribünen fast leer und das Haus schwächer denn schwach besetzt. Eine große Haupt- und Staatskomödie bietet eben mehr Nureiz, als eine schlichte und wichtige Sozialgesetz.

Der erste Redner des heutigen Tages, der Centrumsabgeordnete Trimborn verfügt unläugbar über gute Kenntnisse auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Aber er versteht nicht anziehend einen Gegenstand zu behandeln; zum Unglück hat er dazu noch eine Stimme die sich fortwährend überschlägt. So fand er eben keine aufmerksamen Hörer; nur, als er von einem drohenden Konflikt sprach, da spitzten sich die Ohren der Abgeordneten wie der Journalisten. Herr Trimborn ist entzückt von dem Gesetze, wie es vorliegt; es sind nur unwesentliche Kleinigkeiten, die er zu tadeln fand. Und auch diese, hofft er, wird die Kommission beseitigen, an die die Novelle zu verweisen er am Schluß seiner Rede antrug. Dem Lob des Entwurfes wie dem Antrag auf Kommissionsberatung schlossen sich im wesentlichen an der konservative Herr v. Nitzthofen, der nebenbei natürlich über die Not der patriotischen und trotz ihrer Not opferwilligen Landwirte orakelte, und der wilhberale Herr Brauerdirektor Bötsche, bei dem diesmal der Berufsgenossenschaftler stärker war, als der Sozialreformer, wenn er natürlich auch nicht in den Ton der Kardorffstuden verfiel. Ganz anders lautete die Sprache, die unser Fraktionsredner Stadthagen führte. Da war von Lobhudelei keine Rede; unbarmherzig zerpfückte er den Entwurf mit der größten Entschiedenheit vertrat er den Anspruch des Arbeiters auf den vollen Schadenersatz; rücksichtslos wurden die sozialpolitischen Sünden des Centrums aufgedeckt. In matter Weise antwortete Graf Bosadovsky der natürlich mit Händen und Füßen gegen die Anerkennung des Prinzips des vollen Schadenersatzes sich sträubte. Gegen 6 1/2 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Aus dem Bericht unseres M-Korrespondenten geben wir die Rede des Genossen Stadthagen wieder, da nur sie Interesse hat.

Deutscher Reichstag.

132. Sitzung. Montag, den 21. Januar 1900, 1 Uhr.

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Lob der Vorredner (Trimborn, Nitzthofen) über die Vorlage kann ich nicht teilen. Das Gute in der sozialen Gesetzgebung ist auf die Sozialdemokratie zurückzuführen. Die gesamte Versicherungsgegebung würde noch schlechter ausfallen, wenn die Sozialdemokratie nicht da wäre. Der Redner der Rechten sprach von Milliarden für die Arbeiter. Nun, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geben pro Kopf und Tag einen halben Pfennig aus. Ich würde mich schämen, ein solches Trinkgeld zu geben. Ein paar Verbesserungen sind in der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vorhanden, aber solche Verbesserungen könnte der unfähigste Regierungsreferendar vornehmen. Wie kann man das als ein großes Werk preisen. Was Großes auf dem Gebiete der Unfallversicherung geleistet ist, ist lediglich im Interesse der Unternehmer geschehen. Was das Schuldprinzip betrifft, so stellen sich die Regierung und der Abg. Nitzthofen auf den Standpunkt: falls voller Schadenersatz gewährt werden soll, kommen wir zurück auf das Haftpflichtgesetz, das nur für schuldhaftes Handeln Schadenersatz vorsieht. Wie steht es mit der Entwicklung auf diesem Gebiete? Die Frage, um die es sich hier handelt, ist eine der Fragen, um die es sich bei dem gewaltigen Ringen zwischen Arbeiter und Kapitalisten handelt. Ich verstehe, daß eine Anzahl Stadträte noch immer an dem römischen Sklaverecht festhalten: jeder hat Ersatz zu leisten, durch dessen Verschulden ein Schaden herbeigeführt ist. Denselben Kampf führten in Rom die Plebejer; auch sie zwangen die Patricier in jahrhundertlangen Ringen, wenigstens einen Teil der Fälle zu entschuldigen. Das bürgerliche Gesellschaft ist mit Recht vom römischen Verbindungsprinzip abgewichen. Der Rechtsgrundsatz freilich, der innerhalb aller sozial denkenden Völker anerkannt ist: Wer für einen durch ihn verursachten Schaden deshalb nicht verantwortlich ist, weil ihm Vorsatz oder Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, hat gleichwohl den Schaden insoweit zu ertragen, als die Billigkeit nach den Verhältnissen der Beteiligten eine Schadloshaltung erfordert. Ich leide in der Kommission gefaßt. Sie haben aber im bürgerlichen Gesetzbuch der Bestimmung zugestimmt, daß allein der Besitz, gleichviel ob Fahrlässigkeit oder schuldhaftes Verschulden vorliegt, zum Schadenersatz verpflichtet ist. Dem Besitz werden gewisse soziale Verpflichtungen auferlegt.

Die Ansicht ist ja schon mehrfach aufgetreten, daß es durchaus nicht erforderlich sei, den Arbeiter für alle Schäden voll aufzukommen. Schon im Jahre 1881 kam Herr v. Hertling zu dem Ergebnis, daß die Haftung für Schuld nicht ausreicht, und meinte, das Bewußtsein der zunächst beteiligten Kreise sei hinter dem Rechtsbewußtsein zurückgeblieben. (Hört, hört! bei den Soz.) Ferner sagte er: Der Unternehmer habe wie die Chancen des Gewinns, so auch die der Verlustfrage; es fragt sich nur, ob die Industrie für die Ausfälle im Betriebe des einzelnen Unternehmers haften soll. Herr v. Hertling bejaht diese Frage. Billigkeit und Gerechtigkeit verlangt also, daß dem Arbeiter voller Ersatz wird. Und jetzt wollen Sie ein Gesetz schaffen, das dem Arbeiter im besten Falle nur 2/3 des Schadens ersetzt. Geschichte das ist man konstatieren, daß gleich das erste

Gesetz im neuen Jahrhundert, das sich auf die Arbeiter bezieht, damit anfängt, sie außerhalb des bürgerlichen Rechts zu stellen. (Sehr laut bei den Soz.) Seit den 18 Jahren, die nach dieser Rede vergangen sind, ist das Centrum aber Schritt für Schritt zurückgewichen und hat Verbürgungen über Verbürgungen vor den Unternehmern gemacht.

Die Hauptbeschwerde der Arbeiter gegen den Entwurf ist die, daß sie nur ein lumpiges Almosen erhalten, das man nur dadurch schmählicher zu machen versucht, daß man es Vollrente bezeichnet. Wer von uns könnte denn mit einer solchen Vollrente auskommen und noch dazu mit all den Abknappereien seitens der Berufsgenossenschaften, dieser Organisation eines Staates im Staate. Die Berufsgenossenschaften müssen aus diesem ganzen Verfahren der Rentenbemessung heraus. Ihr Bestand ist auch wesentlich daran schuld, daß der Kreis derjenigen, die durch ein Unfallversicherungsgesetz gesorgt werden muß, nicht ausgedehnt werden kann. In Barmhertze möchte ich hierbei noch erwähnen, daß das Gesetz den Großgrundbesitzern einen Vorteil bietet. Es soll zulässig sein, die sogenannten industriellen Nebengewerbe zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zuzuziehen, jedoch also z. B. der Mähtenbaron seinen mit 30 bis 40 Prozent Unfall behafteten Mähtenbetrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaft soll zuschlagen müssen. Wenn so z. B. ein landwirtschaftlicher Betrieb von nur 3,2 Prozent an Unfällen mit einem industriellen von 30 bis 40 Prozent an Unfällen zusammengeworfen wird, so muß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb die höhere Gefahr für diesen Nebenbetrieb des Brenners oder Mähtenbarons mittragen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Was den Schadenersatz anlangt, so ist man auch hierbei den Wünschen der Unternehmer in soweit entgegengekommen, in dem der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise abgelehnt werden kann wenn der Unfall bei Beachtung eines strafbaren Vergehens vor- gekommen ist. Wenn z. B. ein Kutscher, um schneller weiter zu kommen, über einen Eisenbahnübergang fährt, dabei verunglückt und wegen Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs verurteilt wird, so kann ihm die Rente abgesprochen werden. Zum mindesten sollte es heißen: „muss“ die Rente aberkannt werden, damit die Arbeiter nicht auf die Gnade der Berufsgenossenschaften angewiesen sind. Der Kreis der Versicherten müsste wie gesagt auf das ganze Handwerk und überhaupt auf alle diejenigen ausgedehnt werden, die der Invalidenversicherung unterliegen. Dies könnte allerdings nur unter Aufhebung der Berufsgenossenschaften auf territorialer Grundlage z. B. im Anschluß an obligatorische Rentenstellen geschehen.

Was die Höhe der Rente anlangt, so ist es ja eine alte Klage, daß die Rente erst von der 13. Woche an gezahlt wird. 1897 hatte die Regierung selbst schon beantragt, diese Karenzzeit auf 4 Wochen zu verkürzen. Infolge der Erklärung des Herrn v. Stumm, das sei unannehmbar und der Ausrufung des Verbandes der Industriellen dagegen, wurde das aber wieder fallen gelassen. Ganz ungeheuerlich ist es, daß bei der Bemessung der sog. Vollrente nur zwei Drittel des Arbeitslohnes angerechnet werden und als höchster Lohn 4 Mark angesehen werden. Von dem Nettobetrag des Lohnes, der 4 Mark übersteigt, wird nur ein Drittel angerechnet. Wie ungerecht es ist, auch in diesem Falle nicht den vollen Lohn anzurechnen, geht doch daraus hervor, daß Anstalten wie die Charité den Tageslohn von 2 Mark auf 2,50 Mark erhöht haben. Hier aber sollen die 4 Mark bleiben, die vor 20 Jahren maßgebend waren.

Redner wendet sich gegen die Bemessung der Hinterbliebenenrente, die dann fortfallen soll, wenn die Ehefrau sich von der häuslichen Gemeinschaft ohne Grund ferngehalten hat. Die Berufsgenossenschaften würden dadurch zu einer Art Ehrenrichter. Ebenso ungerecht ist es, daß das Kind eines Arbeiters, der auf dem Schlachtfelde der Industrie fällt, nur bis zum 15. Jahre eine geringe Rente erhalten soll. Der Vater muß ganz ersetzt werden. Das schlimmste aber ist die völlige Unterlassung hinreichender Unfallversicherungsbedingungen in dem vorliegenden Entwurf und daran trägt das Centrum die Hauptschuld, weil es der Regierung bei dem Invalidengesetz viel zu weit entgegengekommen ist und unsere damaligen Anträge auf Unfallversicherung im Stich gelassen hat.

Herr Trimborn hat um rasche Erledigung der Vorlage gebeten, weil sonst ein Bly kommen könnte, der uns alle verschlingt. Wir fürchten uns nicht vor Weittern. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Unbestimmt vertheidigen wir die Rechte der Arbeiterklasse. Das Centrum sollte in der Kommission der Regierung die Bistole auf die Brust setzen. (Lachen rechts.) Positiv bleibt es fester als sonst. Rational ist nicht der, der Phrasen von der Größe Deutschlands im Munde führt, sondern der, der für die innere Befundung der deutschen Verhältnisse sorgt. In diesem Sinne werden wir in der Kommission arbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wahlkreisänderung.

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte heute einmal wieder einen interessanten Tag zu verzeichnen. Die schlimmsten Feinde der Besitzung, der bürgerlichen Freiheit, der Kulturentwicklung und der Arbeiterklasse, die Herren Junker, haben sich einmal wieder in ihrer ganzen nackten Glorie gezeigt und das Centrum hat aufs Neue bewiesen, wie wenig zuverlässig es bei der Verteidigung der Grundlagen des modernen Rechtsstaates ist.

Die beiden freisinnigen Gruppen im edlen Dreiklasseninstitut — sie zählen trotz ihrer Erfolge bei den letzten Wahlen nur etwa drei Tausend Männlein unter den über 400 Mitgliedern des Hauses — beantragten durch die Abgeordneten Dr. Wiemer von der Volkspartei und Barth von der Vereinigung, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzes aufzufordern, durch das endlich den städtischen und industriellen Wahlkreisen eine ihrer Bevölkerungszahl entsprechende Vertretung im Abgeordnetenhaus gesichert wird. Wohlverstanden, an das Wahlsystem als solches rührt der freisinnige Antrag nicht, er will lediglich die Ungleichheit unter den Wahlkreisen und nicht unter den Wählern beseitigen. Der Antrag wurde in sehr geschickter Weise von dem Abgeordneten für Kiel, Dr. Barth, wohl dem geist- und kenntnisreichsten Vertreter des Liberalismus in Deutschland, begründet. Er stellte sich in anerkannter Weise prinzipiell auf den

Standpunkt, das allgemeine und gleiche, sowie geheime und direkte Wahlrecht auch für den Landtag zu fordern, bekanntlich denken keineswegs alle Freisinnigen also: Dr. Barth verlangte demgemäß die Neueinteilung der Wahlkreise mit als Abschlagszahlung. Im übrigen war das Material, das er für ihre Notwendigkeit vorbrachte, einfach erdrückend. Wie nicht anders zu erwarten stand, begegnete der freisinnige Antrag auf der Rechten einem großen Mangel an Gegenliebe. Ein ziemlich unbekannter bürgerlicher Abgeordneter, ein gewisser Dr. Lewald, gab sich dazu her, im Namen der Junker zu erklären, daß sie den Antrag Barth-Wiemer rundweg ablehnen; auf Gegengründe ließ sich der Herr schließlich gar nicht ein. Der Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, gab unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses das klassische Diktum ab, daß sich die Regierung nicht in den Streit der Parteien einmischen werde und enttäuschte so die Hoffnung der beiden Antragsteller, die in ihren Reden vergebens ihn zu einer Ausrufung über die vorliegende Frage zu provozieren gesucht hatten. Das Centrum bewies seinen bösen Willen den Kundigen schon dadurch, daß es den schlesischen Junkerfreund Borch als seinen Redner vorschickte; der genannte Herr erkannte die Berechtigung des Antrages an; aber der Zeitpunkt sei schlecht gewählt. Außerdem entrüstete sich Abg. Borch mächtig über die Verbindung, in welche die freisinnigen Redner die Frage der Neueinteilung der Wahlkreise mit der Kanalvorlage gebracht hatten. Es wirkt unbeschreiblich komisch, die Stuhlhändler sich über Stuhlhändler befehlen zu hören. Nachdem sich der Nationalliberale Abg. Müller für den Antrag oder doch für Beratung desselben durch eine Kommission ausgesprochen hatte, benutzte der Seehandlungspräsident a. D. und Parteigenosse der Kardorff und der Stumm, Herr v. Zedlitz, die Gelegenheit, in gewohnter Weise auf das Reichswahlrecht zu schimpfen, das den „letzten wasserpolackischen Arbeiter“ mit dem Reichstagspräsidenten gleichzustellen die Ungerechtigkeit begehe. Abg. Dr. Barth gab in seinem Schlussworte — vor demselben sprach noch sein Parteigenosse, der Danziger Eilers, einige ziemlich belanglose Worte — dem Zedlitz die gebührende Antwort mit dem Hinweis, daß in Berlin u. a. ein Zufahrter in der ersten, dagegen ein Birchow in der dritten Klasse wählt. Der Antrag Barth, sowie der Antrag auf Kommissionsberatung fiel gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen. Das Haus vertagte sich alsdann nach Erledigung einer nicht sehr wichtigen Angelegenheit auf morgen.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. Mittwoch, 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben. Nachdem einige Rechnungssachen debattiert an die Rechnungskommission verwiesen wurden, tritt das Haus in die Beratung des jugendlichen, von den Abgg. Dr. Barth-Kiel (freij. Vereinig.) und Dr. Wiemer (freij. Volksp.) eingebrachten Antrages:

„Die königliche Staatsregierung zu eruchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1899, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten und des Gesetzes vom 17. Mai 1867, entsprechend den in den letzten 30 Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten.“

Abg. Dr. Barth: Bei den Verhandlungen über die Maßregelungen der Beamten haben die konservativen Redner betont, daß sie durchaus auf konstitutionellen Boden stehen. Da hoffe ich heute ihre Unterfertigung zu finden denn in dem Antrage handelt es sich um eine recht eigentlich konstitutionelle Forderung. Wir hätten eigentlich viel weiter gehen müssen, und eine völlige Revision des ganzen Landtagswahlrechts mit Vereinfachung des Dreiklassen-Wahlrechts verlangen müssen. Wir unterreichten stehen noch immer auf dem gleichen Standpunkt, den auch Kaiser Bismarck seinerzeit eingenommen hat, als er das preussische Wahlsystem als das edelste von allen bezeichnete. Die Verhältnisse haben sich sogar durch die Steuerreform von 1893 noch wesentlich verschlechtert. Man sieht aber leider noch immer einen Vorzug des Landtagswahlrechtes darin, daß es die Sozialdemokratie von der Landesgesetzgebung fernhält. Das stimmt aber schlecht mit dem in den letzten Tagen viel zitierten Worte überein, daß die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei. Soll sie sich ausstoben, so ist es doch das richtige Mittel, sie auch an der preussischen Gesetzgebung zu beteiligen. Aber unser heutiger Antrag geht, wie gesagt, gar nicht so weit. Wir fordern nur eine andere Einteilung der Wahlbezirke. Die jetzige Einteilung beruht auf dem Gesetz von 1864. Die Grundzüge dieses Gesetzes sollen auch ferner unberührt bleiben. Jenem Gesetze lag nun aber das Ergebnis der Volkszählung von 1855 zu Grunde. Damals zählte Berlin ungefähr 385 000 Einwohner, man teilte danach Berlin neun Abgeordnete zu, aber in dem Kommissionsberichte wird schon damals ausdrücklich betont, daß es einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben sollte, eine etwaige Vermehrung der Bevölkerung in Betracht zu ziehen. Das Gesetz von 1867 wurde notwendig, um die Wahlbezirke in den neuen Provinzen abzugrenzen, aber es wurden auch die Veränderungen in verschiedenen Teilen der alten Provinzen mit in Betracht genommen. Speziell für Berlin war damals eine Erhöhung der Berliner Abgeordnetenzahl von 9 auf 10 in der Regierungsvorlage vorgeschlagen, die konservative Regierung entschuldigte sich damals sogar förmlich, daß sie nicht 11 vorgeschlagen habe, wie es der Zahl der Bevölkerung entsprechen würde. Aber die Gesamtzahl sollte nicht erhöht werden, und der Provinz Posen wollte man nicht mehr als diesen einen Vertreter nehmen. Es gelang aber damals nicht, diesen Vorschlag durchzusetzen, und es verblieb bei der alten Einteilung. Die Zustände sind aber in den verflorenen vier Jahrzehnten immer

meritwürdiger geworden, und es wird allerhöchste Zeit, daß der Schrecken der Ungerechtigkeit ein Ende gemacht wird. Bei einer Neuverteilung müßte die Einwohnerzahl, welche als Grundzahl für die Verteilung eines Abgeordneten zu gelten hat, von 44.000 auf 75.000 erhöht werden. Dann würde sich ergeben, daß Berlin statt der heutigen 9 dann 24 erhalten würde und auch bei anderen Städten würde die Vertreterzahl erhöht werden. Sollten aber die Herren rechts den Wunsch haben, daß neben der Einwohnerzahl auch die Steuerkraft über die größere oder geringere Anteilnahme in Rechnung gezogen werde, so würden auch danach Berlin und die großen Städte eine erheblich höhere Anzahl von Vertretern erhalten müssen. Aber solche Wege ließen sich nicht einschlagen. Man wird wohl dabei verbleiben müssen, daß die Bevölkerungsziffer zu Grunde gelegt wird. Danach wären aber 50 davon verlieren. Aber die Kanalvorlage würde das von großem Vorteil sein. Ich habe mir eine Berechnung aufgestellt, nach welcher die Wahlkreise, die von Kanalgegnern vertreten sind, ungefähr die gleiche hohe Bevölkerung haben, wie die von Kanalfernern vertreten. Viel eher gerechtere Einleitung der Wahlkreise kann es sein. Zweifel unterliegen, daß eine Mehrheit von Kanalfernern gewählt würde.

Die Regierung hat also selbst ein ganz erhebliches Interesse an der Neueinteilung der Wahlkreise. Auf die Konventionen braucht doch die Regierung heute keine Rücksicht mehr zu nehmen. Es gibt ja heute in der Tat keine Partei, die der Regierung so viel Unbequemlichkeiten macht, wie die Konventionen, selbst die Sozialdemokraten nicht ausgenommen. Ich erinnere mir an die Vorgänge der Regierung auf den Reichstagen im Reichstage, lediglich weil er der Ungerechtigkeit Ausdruck gegeben, daß sich Deutschland mehr und mehr zum Industriestaat entwidelt. Man sollte daher meinen, die Regierung könne sich der Notwendigkeit der Neueinteilung unserer Wahlkreise demnach nicht länger mehr entziehen. (Beifall links.)

Hg. Dr. **Uvald** (links): Eine mechanische Einteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungsziffer ließe sich auch leicht durchführen. Die Verhältnisse von Berlin könnten ganz und gar nicht maßgebend sein. Es sei doch ein Unterschied, ob so und so viel Einwohner auf einem Areal von mehreren Quadratkilometern verteilt, oder ob sie in einer großen Stadt zusammengedrängt sind. (Sehr richtig! rechts.) Die großen Städte hätten ihre Interessen bisher auch so erfolgreich zu vertreten verstanden, es liege also gar kein Grund zu einer Änderung des Gesetzes vor. Meine Freunde sehen jedenfalls auf dem Standpunkte, daß die tatsächlichen Verhältnisse eine Änderung nicht rechtfertigen.

Hg. Dr. **Wiener** (Mitgl. Sp.): Die ungerechte Verteilung der Wahlkreise verschärft den sozialistischen Charakter des Wahlrechts, weil gerade die Minderbegüterten in den großen Städten zusammengepackt sind. In derselben Richtung wirkt die Bildung der großen Wahlkreise. Die 10 kleinsten Wahlkreise haben eine Vertretung von 20 Abgeordneten; die 10 kleinsten mit einer neunmal kleineren Einwohnerzahl haben ebenfalls 20 Abgeordnete. Wir verlangen nichts weiter, als daß das unbillige System der Einteilung der Kreise nach der Bevölkerungsziffer beibehalten und nur in der Weise abgeändert wird, daß entsprechend der gestiegenen Bevölkerungsziffer auf je 75.000 Einwohner, statt 50.000 ein Abgeordneter gewählt wird. Wir sind die Steuerleistung zum Maßstab der Wahlkreiseinteilung machen wollen, dann würden die großen Städte noch viel besser fortkommen, dann würde Berlin nicht 24 Abgeordnete, wie nach dem ersten Prinzip, sondern 30 Abgeordnete zu stellen haben. Wir wollen jedoch nicht dieses System, sondern verlangen in prinzipieller Beziehung die Einführung des Reichstagswahlrechts auch für die Landtagswahlen. Wenn Sie jetzt nach 10 Jahren noch nicht einmal die Reform der Neueinteilung der Wahlkreise vornehmen wollen, dann weiß ich wirklich nicht, wann Sie dazu eigentlich die Zeit für Gerechten erachten wollen. Die Herren Mitglieder der ja schon im Herrenhaus eine sehr starke Vertretung. Hier in der zweiten Kammer sitzen über 100 Herren des ostelbischen Adels. Sie werden zugeben, daß das kein entsprechender Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse ist. Für die praktische Regierung sollte als erster Grund für die Reform der Grundzüge der politischen Gerechtigkeit maßgebend sein, besonders angesichts der Vorgänge in der letzten Zeit. Eine Institution wie das Herrenhaus paßt in das moderne Staatsleben überhaupt nicht hinein, es entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen im Lande. Damit sollten sich die Mitglieder begnügen. Wir treten für den Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise ein, aber unsere Wünsche gehen weiter. Wir halten das jetzige System der Wahlen überaus unbillig und fordern die Einführung des Reichstagswahlrechts auch für die Landtagswahlen. Doch würden wir uns freuen, wenn es uns gelingen würde, eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise herbeizuführen. Wir werden nicht eher ruhen, als bis diejenigen Elemente der Bevölkerung, denen hauptsächlich das Ansehen des Vaterlandes zu danken ist, den Erfolg hier erhalten, der ihnen gebührt. (Bravo! links.)

Hg. Dr. **Werner** (Mitgl. Sp.): Ich habe nicht die Absicht, mich materiell an der Debatte zu beteiligen. Auch die Reden der Herren Hg. Dr. Uvald und Dr. Wiener waren nicht geeignet, mich in diesem Unstimmigen zu unterstützen. Es ist ein Grundgesetz der Regierung, nicht schon zu den einzelnen Anträgen sondern erst dann Stellung zu nehmen, wenn sich das hohe Haus selber über die Anträge schlüssig geworden ist. In dem vorliegenden Fall habe ich doppelt Veranlassung an diesem Grundgesetz festzuhalten. Der Antrag bezweckt eine Veränderung in dem Machtverhältnis der einzelnen Parteien. In einer solchen Frage, die für die Parteien von größter Bedeutung ist, muß sich die Regierung, die über den Parteien steht (Wachen links), doppelt Objektivität auflegen. Das wird sie ihm und zu dem Antrage erst Stellung nehmen, wenn ein Beschluß des Hauses vorliegt. (Heiterkeit.)

Hg. Dr. **Wörth** (Mitgl. Sp.): Wir können die im Antrage beherrschte Frage nicht loslösen von anderen Fragen. Wir haben uns im Jahre 1892 dem Antrag Richter gegenüber auf generelle Regelung des Wahlgesetzes abgelehnt, weil wir erst abwarten wollten, welche Veränderungen sich aus der veränderten Steuererhebung ergäben. Woher sollen wir die neuen Abgeordneten nehmen? Es geht doch nicht an, daß wir sie einfach dem Lande fortnehmen und der Stadt zuwenden. Sollten wir sie entsprechend der gestiegenen Bevölkerungsziffer vernichten, dann müßten wir ein großes Abgeordnetenhaus bauen. Wir bedauern deshalb, daß ein Antrag nicht eingebracht zu können. Der Zeitpunkt für die Einführung des Reichstagswahlrechts ist unglücklich gewählt, namentlich bekannern wir die Abweisung auf die Kanalvorlage. Es geht doch nicht an, das Wahlgesetz zu ändern, nur um diese Vorlage durchzuführen. (Sehr wahr! rechts.) Schon die Verfechtung der Kommunalwahlrechtsreform mit der Kanalvorlage war ein Fehler. Ich halte es für ein Übel, heute eine Demonstration zu machen, die dem Lande keine Vertretung zu Gunsten der Städte beschränken soll in einer Zeit, wo sich die Landwirtschaft in solcher Notlage befindet. (Sehr wahr! links und rechts.) Wir lehnen also den Antrag ab, aber wir lehnen ihn nur zur Zeit ab. (Beifall links.)

Hg. **Hölle** (Mitgl. Sp.): Wir stehen dem Antrage durchaus unparteiisch gegenüber. Wenn man ihn ohne Vorbehalt, so nach man darin kommen, ihn zu bekräftigen. (Sehr richtig! links.) Natürlich dürfen die Wahlkreise nicht rein mechanisch nach der Bevölkerungsziffer eingeteilt werden. Herr Dr. Wörth hat verlangt, wir sollten mit dem Antrage warten, bis die Kanalfrage gelöst ist. Immer aber werden gewisse Fragen von großer Bedeutung im Vordergrund stehen. Welche Zeiten sind unruhig, und wir können da nicht auf stille Momente warten, wo es nicht so aussieht, als werde irgend eine Partei durch eine neue Wahlkreiseinteilung geschädigt. Herr Wörth wies auf die Berücksichtigung der neuen Steuererhebung hin. Aber die Neueinteilung der Wahlkreise erscheint uns so dringend, daß wir alle weiteren Besprechungen, die auch nur noch gegen das Wahlrecht haben, zurückstellen. Dem vorliegenden Antrage stehen gewiß bedeutende Schwierigkeiten gegenüber. Wir beantragen deshalb die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Diese Kommission kann weiteres Material sammeln und mit Vorschlägen an uns herantreten. Nach der heutigen Erklärung des Ministers müssen wir ja unsere Gegenstände selbst einbringen, während die Regierung sonst selber die Initiative ergreift. Hoffentlich gelingt es der Kommission, einen entsprechenden Bescheid zu fassen zu bringen. (Bravo! links.)

Hg. **Hölle** (Mitgl. Sp.): Der Vorschlag der Wähler in manchen Kreisen ist äußerst schwierig, weil sie zu groß geworden sind. Das geht es an. Aber diese Schwierigkeiten bleiben auch bestehen,

wenn in diesen Kreisen mehr Abgeordnete gewählt werden. Deshalb empfiehlt sich allein eine Teilung dieser Wahlkreise. Vermehren dürfen wir die Zahl der Abgeordneten in einem Vertretungskörper nicht, wo Wahlen gezahlt werden. Die Annahme des Antrages würde eine gewaltige Schmälerung der politischen Vertretung des platten Landes bedeuten. Aber auch der Westen würde verlieren und nur Berlin und die anderen großen Städte gewinnig gewinnen, die schon jetzt die Hälfte im außerordentlichen Maße abschöpfen. (Wachen links.) Wir dürfen auf keinen Fall das Wahlgesetz ändern, um aus bestimmten politischen Zwecken, wie die Annahme der Kanalvorlage, zu erreichen. Würde der Antrag angenommen, so würde dadurch der Anstoß zu einer Neuverteilung der Wahlkreise im Reich gegeben werden, von der allein die Sozialdemokratische Partei hätte. Würden die Reichstagswahlkreise neu eingeteilt, dann wäre es aber auch mit den von Berliner Mandatari vorber, die der Freisinn nach befrist. Preußen hat die Ehrenpflicht, eine solche Wirkung auf das Reich nicht anzukommen. (Sehr richtig! rechts.) Man spricht immer von der Ungerechtheit der jetzigen Wahlkreiseinteilung. Daß aber der letzte wasserpolnische Arbeiter das Wahlrecht hat, wie der Präsident des Reichstages, das ist ein Moment der Ungerechtigkeit, das meiner Meinung nach zunächst beseitigt werden mußte. (Beifall rechts.) Wir lehnen den Antrag ab und auch die Kommissionsberatung, die nur Unfrieden zwischen Industrie und Landwirtschaft stiften würde und nicht im Interesse der Politik der Sammlung liegt. (Wachst und Beifall rechts.)

Hg. **Hölle** (Mitgl. Sp.): Ich begreife nicht, weshalb sich die Konventionen und das Centrum dagegen wehren, in einer Kommission zu untersuchen, ob in 10 Jahren sich solche Veränderungen entwickeln können, daß Mißstände daraus entstanden sind. Hier liegt ja gar kein positiver Antrag vor, wie die Wahlkreise neu eingeteilt werden sollen. Vielleicht gelingt es, in der Kommission eine Fassung zu finden, mit der selbst Herr v. Redlich einverstanden ist. Ich habe sein Wort von Abschaffung der Sache bedauert; aus dem Mund eines sozialdemokratischen Redners wäre mir ein solcher Appell eher verständlich gewesen. Auf eine solche Politik des gegenseitigen Weidens sollten wir doch verzichten. (Bravo! links.) Stimmen Sie wenigstens für die Kommissionsberatung.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Hg. Dr. **Wörth** (Mitgl. Sp.): Ich komme auf das Wort des Abg. Hg. v. Redlich zurück, daß der letzte wasserpolnische Arbeiter das gleiche Wahlrecht wie der Reichstagspräsident, ein Berliner Zuhälter das gleiche Wahlrecht wie Professor Birchow habe. Ja, aber bei dem preussischen Dreiklassenwahlrecht kann es sogar vorkommen, daß ein Zuhälter in der ersten Klasse wählt und dann hat er hundertmal soviel Einfluß wie Professor Birchow, der in der dritten Klasse wählt. (Sehr richtig! links.) Redner polemisiert gegen die Abg. Uvald und von Redlich und verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er das plutokratische System empfohlen habe. Er habe nur betont, daß die Gegner, die auf dem Boden des plutokratischen Systems ständen, Berlin dann die ihm gebührende Stellung einzunehmen müßte. Redner empfiehlt nochmals den Antrag, der ein schauerhaftes Unrecht beseitigen sollte. (Wachen rechts; Beifall links.)

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung und dann der Antrag Barth und Wiener selbst gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt.

Sodann erledigte das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des Reichstagswahlrechts. Nach der Vorlage soll durch einen Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich eine Besteuerung von Preußen oder Oesterreich in beiden Staaten zugleich vermieden werden. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Etat der Domänenverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung. Schluß: 3 1/2 Uhr.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, enthält die neue **Flottenvorlage** Folgendes betr. der Kosten: Als Gesamtkosten für 16 Jahre werden, wie wir vernehmen, in der Begründung der Vorlage angegeben: 1. **Unkosten** im Betrage von **769 Millionen Mark**, 2. eine durchschnittliche jährliche Steigerung der aus ordentlichen Einnahmen zu deckenden Marineausgaben von **11 Millionen Mark**. Die jährlichen Gesamtaufwendungen für die Marine, einschließlich Pensionen und Schulzinsen, sollen in annähernd gleichen Jahresraten, **von 169 Millionen Mark im Jahre 1900, auf 323 Mil. Mark im Jahre 1916** steigen. Es wird ausdrücklich betont, daß die Deckung der jährlichen Steigerung ohne neue Steuern erfolgen soll. Sollte sich dies in dem erforderlichen Umfange nicht ermöglichen lassen, so wäre vorübergehend der Anleihebetrag zu erhöhen. Die Nichtigkeit der Meldung bedarf noch näherer Bestätigung. Aber die so bestimmten Zahlen können doch nicht aus der Luft gegriffen sein. Sollten sie sich bewahrheiten, so würden wir damit den Beweis haben, um welche unerhöht große Geldvermehrung es sich handeln soll, ferner, auf wie unsichereren Grundlagen das alles aufgebaut wird. Für ein finanziell nicht glänzend gestelltes Land ist die Aufnahme solcher Schuldenlast mit keinem noch so dürftigen Scheingrunde zu rechtfertigen, zumal eventuell noch eine Erhöhung des Anleihebetrages ins Auge gefaßt ist. Ferner ist die Spekulation auf Deckung der jährlichen Mehrausgaben aus zu erwartenden Einnahmesteigerungen so wenig solide, so wenig wirklich Erfolg verbürgend, daß wir schließlich doch dahin kommen werden, daß dem Volke seine notwendigen Bedürfnisse verteuert werden müssen, nur um aus den mit den neuesten Flottenplänen geborenen und sicher je länger desto mehr ins Kleinbüßliche wachsenden Schwierigkeiten herauszukommen. Jetzt sind die Flottenenthusiasten voll hehrer Zuversicht, die Kosten dünken ihnen nichts. Aber, so schreibt die Kölnische Volkszeitung mit Recht: „Narra rufen und Bölddampf voraus jahren wollen sie alle, zahlen will am liebsten keiner. Der brave Student der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der von seinem Wechsel etwas für die größere Flotte spendete, ist ganz allein geblieben auf weiterem Jur. Aber der Dampf verfliegt, die Lasten bleiben, und schwer würde die Verantwortung einer Volksverteilung sein, welche sich dazu herbeiläße, diese Lasten der breiten Masse der Bevölkerung aufzuladen.“ Bewilligt der Reichstag die Flottenvorlage, dann muß schließlich die Masse doch daran glauben, trotz aller jetzt gedrehten schönen Worte.

Eine Blüte des Militarismus enthält der Lüneburger Anzeiger in folgender Annonce:

Suche zum 1. April eine Köchin, die mit Hilfe der Parteien die Hausarbeit zu machen hat. Schriftliche Meldungen erbeten. Gehalt nach Uebereinstimmung. Frau v. Schumann, geborene v. Schumann, Frommstraße 2.

Zwei Söhne unseres Volkes werden da also, anstatt in der Beherrschbarkeit ausgebildet zu werden, dazu benützt, um mit Unter-

stützung einer ehrbaren Maid der Frau Lieutenant die Wohnung sauber und schmutz zu erhalten. Der Fall steht ja nicht allein, er ist typisch. Die zweijährige Dienstzeit aber, das ist die Lehre daraus, dauert offenbar noch viel zu lange. Die militärische Ausbildung muß doch weit eher beendet sein.

Nachrichten aus dem Auslande.

Der österreichische Generalpostdirektor Neubauer richtete an den Staatssekretär Podbielski das Gesuchen um Auslieferung des Materials, das der Interpellation Hesse in der Budgetkommission des Deutschen Reichstages wegen der Verletzung des Briefgeheimnisses in Oesterreich zu Grunde lag. Der Vorsteher der niederösterreichischen Postdirektion Kauler hat der Neuen Freien Presse versichert, in seinem Amtsbezirk sei nichts vorgekommen, was die erhobenen Beschwerden rechtfertigen könnte, namentlich sei keine bestimmte Anzeige eingelaufen. Es sei möglich, daß ein untergeordneter Beamter irgend eines Grenzpostamts sich eine Eigenmächtigkeit oder Willkür zu Schulden kommen ließ, dies entziele sich der Kenntnis der Postverwaltung, so lange keine Anzeige hierüber vorliege. Die Oöbühnen-Konferenz der Linken des österreichischen Reichsrats, welche Sonntag zusammentrat, billigt, wie das ausgegebene Communiqué besagt, die Absicht der Regierung, zwischen den Deutschen und den Tschechen durch Vernunft einer außerparlamentarischen Konferenz von Vertrauensmännern beider Volksstämme alsbald eine Aktion einzuleiten. Zu diesem Behufe sollen Vertrauensmänner aller nationalen Parteien eingeladen werden. Die Konferenz der Linken spricht die Erwartung aus, daß der Reichsrat spätestens noch im Februar einberufen werde, und legt auf die baldigste Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Thätigkeit des Parlamentes ein um so größeres Gewicht, als die bedrohliche innere Lage des Reiches dringen die Wiederherstellung geordneter, politischer und nationaler Verhältnisse sowie die Lösung wichtiger wirtschaftlicher Fragen und die intensive Thätigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung erheischt. Der Beschluß wurde dem Ministerpräsidenten v. Stürer mitgeteilt. Diese Phrasen hat man nun schon zu oft wie viele Male gewechselt, ebenso wie man schon so oft jene Konferenzen abgehalten hat, bei denen doch nichts ordentliches herausgekommen ist.

In Bezug auf die asiatische Pest hat das italienische Ministerium den Regierungen der europäischen Großmächte nahegelegt, eine neue Sanitätskonferenz internationalen Charakters einzuberufen, und zwar gegen die Vorlage dahin, sie in Wien abzuhalten.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Am Tugela ist Sonnabend und Sonntag lebhaft gekämpft worden. Ein abschließendes Urteil über das Ergebnis des Kampfes läßt sich noch nicht abgeben. Aus der fast verwirrenden Fülle von Nachrichten ergibt sich nur, daß die Engländer einige Höhenzüge besetzt haben. Ob diese bisher in der Hand der Buren gewesen sind, geht aus den Meldungen nicht hervor, und General Buller erkennt in einer Lie Vorzüge am Sonnabend schildernden amtlichen Meldung an, daß die wichtigste Stellung noch von den Buren besetzt ist. Nach einem anderen amtlichen Bericht Bullers scheint der Kampf an einer Stelle, nämlich auf dem äußersten linken Flügel der Engländer bei Acton Home, für die britischen Truppen sehr schlimm verlaufen zu sein. Buller meldet, daß dabei 11 Offiziere und 279 Mann verwundet wurden, die Toten des Tages giebt er nicht an. Aber immerhin darf man aus dem Bericht Bullers entnehmen, daß die Bewegung der Engländer nicht überall den glücklichen Fortgang nimmt, den man in London voraussetzt. Unzweifelhaft ist die Lage am Tugela so zugepipt wie möglich und rechtfertigt die Spannung, mit der man nicht nur in England auf weitere Nachrichten vom Kriegsschauplatz wartet. Ueberall empfindet man, daß das Schicksal des Krieges jetzt am Tugela festgelegt wird, und daß die Buren nun den endgültigen Beweis zu erbringen haben, daß sie ebenbürtige Gegner der Engländer sind. Wie die Dinge liegen, werden vermutlich noch einige Tage vergehen, ehe der Kampf entschieden ist. Einen genaueren Bericht über diese Kämpfe bringen wir in der morgigen Beilage.

Nachrichten aus Magdeburg.

Achtung, Handschuhmacher! Die Handschuhmacher-Handelsgesellen sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen werden nicht bewilligt in den Fabriken von Kühn u. Reinhold, Herzmann und Albrecht, weshalb hier sämtliche Handschuhmacher und Dreher ihre Knäuelung einreichten.

Metallarbeiter-Ausstand in Magdeburg.

Eine Versammlung der Metallarbeiter von Magdeburg und Umgegend erklärte am Montag Abend die Forderungen der ausländischen Arbeiter von Barrett Smith u. Co. für gerecht und ver sprach mit allen Mitteln die Ausständigen zu unterstützen. Die Firma, welche keine Kessel liefern kann, befindet sich in großer Verlegenheit. Alle Arbeiter, die Verbeugung dieser Thatsache sind gescheitert. Einzelne Kollegen der Ausständigen, die als Arbeitswillige thätig sind, verbreiten das falsche Gerücht, der Ausstand sei zu Ende. Der Kesselmacher Hermann Oederbein in Buxtehude war vor dem Ausstand am eifrigsten thätig, um eine Verbesserung der Accordpreise zu erzielen; nachdem seine Kollegen sich diese erringen wollten, war er thätig Eray für die Ausständigen zu schaffen. Wie notwendig man Kessel gebraucht, geht daraus hervor, daß die Firma Welsch nach anderen Städten zur Anfertigung von Kesseln versendet. So unter anderem nach Rheinland und Westfalen. In der Werkstat Kesselhändler hat ein Schmied die Arbeit niedergelegt. Andere werden folgen.

Achtung, Gesellenauschüsse! Sämtliche Gesellenauschüsse und sich dafür interessierende Genossen werden nachmals auf die am Donnerstag den 25. Januar, Abends 8 Uhr im Bügelhaus tagende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher die Vertreter zur Landwörter-Kammer gewählt werden sollen. In derselben wird Genosse Haupt über die Bedeutung der Handwerker-Kammern referieren.

— Die nächste Sitzung der Stadtoberordneten findet am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung stehen neun Beratungsgegenstände. Unter denselben befinden sich mehrere Sanitätspläne und eine erhebliche Forderung für Erweiterung des Magdeburger Elektrizitätswetzes.

— Die Kolonialgesellschaft, Abteilung Magdeburg, versendet gegenwärtig an die Magdeburger Geschäftsleute Merkulare mit Verteilungsbüchern. Es wird von den Betreffenden angenommen, daß auch sie geneigt sind, die patriotischen und uneigennütigen Bestrebungen der Gesellschaft durch ihren Beitritt zu fördern. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 7 Mark pro Jahr. Wir glauben kaum, daß sich viele Leute zur Förderung dieses „uneigennütigen“ Unternehmens bereit finden werden.

— Vermutlich einem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist der Handlungsgehilfe Heinrich Senneborn aus Magdeburg. Am Sonntag morgen wurde auf Althalbensebene Feldmarkt in der Nähe der Dammstraße an der Weddinger Chaussee von einem Mischführer ein gut gekleideter junger Mann tot aufgefunden. Auf die Anzeige bei den zuständigen Behörden wurde im Laufe des Vormittags die Besichtigung des Toten vorgenommen, die ergab, daß der ungefähr 20-jährige junge Mann durch drei Stiche im Rücken und in das Herz verwundet worden ist. Der Leberfall geschah jedenfalls auf der Chaussee, die Leiche wurde dann einige Schritte in das Feld hineingeschleppt. Sämtliche Werkzeuge, Uhr, Kette und Portemonnaie fehlten, jedoch am Wegesrand ein Kaufmännischer Brief, das sich nichts vorfindet, welches irgend einen Aufschluß über den Toten, der mit einem schwarzen Anzug und hellen Heberzieher bekleidet war, geben könnte, so konnte die Leiche vorerst nicht erkannt werden. Erst gegen Abend stellte sich durch die Nachfrage eines Magdeburger Handelsmannes, des Herrn Senneborn aus Neu-Zell, heraus, daß der Ermordete der Sohn des Herr Senneborn ist. Wie nur dem „Wochenblatt für Haushaltungsarbeiten“ entnehmen, ist festgestellt, daß der junge Mann gegen 7 Uhr sich noch in Althalbensebene aufgehalten hat, über seinen weiteren Verbleib fehlen die Nachrichten. Auch ist noch nicht ermittelt, wieviel Geld der Ermordete bei sich hatte, nach der einen Angabe 60 Mark nach der andern 800 Mark. Uhr und Kette sind ihm mit großer Gewalt entrissen worden, das Knopfloch ist eingedrungen. Nachts gegen 4 Uhr wird der an der Althalbensebene Chaussee Stationierte Bahnwärter Hilferufe gehört haben. Ob diese mit der Mordthat in Verbindung zu bringen sind, wird die weitere Untersuchung ergeben. Montag mittags fand die Besichtigung des Thätigen durch die Magdeburger Staatsanwaltschaft und die Lokalkommission durch die Gerichtsärzte statt. Die Thätigen, man nimmt an, daß es mehrere gewesen sind, sind noch nicht ermittelt.

— Grobfeuer. Neben dem Brand der Rembathstrasse am Samstag erfahren wir noch, daß das Feuer deshalb sich so schnell verbreiten konnte, weil die Feuerwehre zu spät eintraf, allerdings ohne eigene Beschulden. Infolge einer am 8 Uhr 49 Minuten abgegebenen Großfeuermeldung von der Schule Alteisenstraße in der Alten Altstadt wurde die Feuerwehre irt gewahrt, beide Plätze der Hauptwache, sowie die Wache Ventlauf rücken herein, während die Wache Sodenburg sich zur Befreiung der Hauptwache aufmachte. Während dieses Ausrückens wurde von dem Wacker am Rathaus der Altstadt noch eine Großfeuermeldung abgegeben, und nun mußten sich sämtliche Wachen hierher begeben. Es handelte sich um einen im Vordergebäude Spiegelstraße 16 entstandenen Watten- und Dielenbrand, der von der Wache Sodenburg beseitigt wurde. Inzwischen war nun die telephonische Meldung vom Verreckung eingegangen, daß die Rembathstrasse brenne. Deshalb nahmen die Folgezüge der Hauptwache ihren Weg dorthin. Infolge der durch das unartige Aussehen nach der Altstadt verursachten Verzögerung wurde dem Feuer jetzt gegeben, noch vor dem Eintreffen der ersten Mannschaften den ganzen Holzbau zu erfassen, so daß an ein erfolgreiches Eingreifen nicht mehr zu denken war. Die Feuerwehre beschleunigte sich daher darauf, das bereits eingekürzte Gebäude abzubrechen. Vermutlich ist das Feuer angelegt worden.

— Im Circus-Theater gelangt von heute (Dienstag) ab ein eigenartiger Verwandlungsakt zur Aufführung, der aus 10 Szenen besteht. „L'Amour“ oder „Nachbarschaft“, wie sich die neue Sensationsnummer heißt, behandelt folgende Szenen: Ein junges Weibchen wird von einem alten Konk geheiratet. Beide begeben sich zur Ruhe, während im zweiten Akte Amor erscheint, daß sie im Traum eine Hochzeitsfeier antreten läßt. Man sieht sie in einem Coupé erster Klasse, dann in Schwanen, Tyrrol, einem Reformationswagen des Orient-Express, dann bei der Eisenbahn-Gruppe. Schließlich giebt es einen schrecklichen Knack. Der Walle fliegt vom Divan — alles war nur ein Traum. Nur die gute Darstellung bürgt der Auf-

des Herrn Direktor Reemann, der sein Möglichstes leistet, um dem schauausfülligen Publikum immer wieder etwas Neues zu bieten.

— Einen Dieb, der als Spezialität den Diebstahl von Billardkugeln betreibt, hat die Polizei ermittelt und festgenommen. Der Versteckende, ein Bismarck, führt den Namen Hausmann und ist nach seinen Aussagen seit Ende November 1899 auf der Meise; er hat dabei seinen Weg durch die Rheinprovinz, Westfalen, Oldenburg, Hannover, Braunschweig nach der Provinz Sachsen genommen, und es ist anzunehmen, daß er auch außerhalb Magdeburgs ähnliche Diebstahle begangen hat.

— Unfälle. Auf der Rembathstraße Nr. 11. G. Z. Straße (Budau) verunglückte der Modellstecher E. M. dadurch, daß er beim Umkehren des Rades zwischen das selbe und den oberen Fußwurzel gewickelt, wodurch er sich eine Fleischwunde am rechten Fußknöchel zuzog. Der Modellstecher E. M. in derselben Fabrik verletzte sich mit der Schneidzange am rechten Auge. Beide sind erwerbsunfähig.

— Ein Zimmerbrand. Hervorgerufen durch das Umflutzen einer Petroleumlampe, entbrannte in dem Hause Georgenplatz 1. Beim Eintreffen der 3. u. 4. alarmierten Feuerwehre war die Gefahr bereits beseitigt.

Provinz und Umgegend.

— Mühlberg a. d. Elbe. (Mysteriöse Selbstmorde.) Am 31. Dez. vorigen Jahres wurde die Ehefrau des hiesigen Rendanten Karl Köhlig erkrankt und starb. Schon bei der gerichtlichen Aufklärung der Leiche wurde der Verdacht laut, daß die Verstorbene, die übrigens durch ihren Mann eine gute Unterhaltung erhielt, wohlweislich durch andere Hand aus dem Leben geholt sei. Auf der Staatsanwaltschaft war auch die Anzeige über die Ermordung des Köhlig eingegangen: „Ehe ich Dich nicht erlange, werde ich Dich nicht los!“ Wegen dieser Verurteilung wurde Köhlig im Frühjahr der Staatsanwaltschaft von der höchsten Polizeiverwaltung abgenommen. Im andern Tage wurde Köhlig erkrankt aufgefunden. Der 45-jährige, 55 Jahre alt, hat zuvor noch das Grab seiner Frau besucht.

— Sudsbura. (Totenfeier.) Ein hiesiger Väter- und ein Schiedelung haben sich ohne Wissen von ihren Angehörigen zu nehmen, nach dem sie im Ausland in Südamerika auf den Weg begaben. Der Vaterliche hat nach ein Verheiratung und erleichterte die Mache eines Fernes im Wert von 100 Mark. Man bei ihrer Ankunft auf dem Felsen der Ehe sofort in Italien haben zu können, haben die beiden ein Aufgebot abgegeben.

— Salzwerder. (Ein ungeheurer Kaffee.) Seit einigen Tagen ist der Vorstand des hiesigen Vereinigten Krankens und Begräbnisvereins von hier abwesend, ohne daß man über seinen Verbleib Auskunft erhalten konnte. Als man erfuhr, daß am Sonntag das städtische Krankenzuhause nicht besucht wurde, man den hiesigen Vorstandsmitgliedern keine Antwort war, am andern Tage eine Revision der Bücher vornahm, so wurde die Sache heraus, daß diese keine Heberlieferung gewährt. Als der Vorstand, von denen man annahm, sie seien längst tot, und man nicht mehr von dem Heberliefernde, der am 1. Dez. in Spaten gelehrt, mehrere Verträge abzugeben wurden. Als die Angelegenheit auf. Die Verträge sind nicht vorhanden. Nach den Rechnungen bis jetzt scheint die Kasse um mehr als 1000 Mark gekürzt zu sein. Der hiesige Kaffee soll sich im Stadel am Gehol gehalten haben.

— Statistik. (Wider Staat als Arbeitgeber.) Unabhängige Menschen erhoffen eine größere Befreiung der Lohnverhältnisse, wenn sich „alles der Staat“ in Händen hat. Wunderbarerweise erhofft man bezüglich der Vergütung der Lohnarbeiter, wenn der Staat den Vertriebsbeamten aufstellt. Nur wird immer vergessen, daß es es mit einem durchaus kapitalistischen Staat zu thun haben; man braucht in die Staatsbetriebe einzutreten, um zu sehen, daß man als Privatunternehmer eine gerechtere Verteilung der Verdienste vernimmt, als der Staat. Nach, weil das heutige herrschende Lohnverhältnis einen tiefen Stand. Es wird nicht nur von der Arbeiterklasse pro 1898/99 2310246 Mark Lohn, aber 216511 Mark mehr als im Vorjahr! So man die Zahl der tatsächlichen Tage und Nachtarbeit im letzten Jahre 1165, gegen 1177 im Vorjahre setzen, so entfällt auf jeden Arbeiter ein Heberliefernde von 1907,98 1898,99 1872 Mark 2000 Mark. Der von jedem Arbeiter erzeugte Heberliefernde liegt also um 137 Mark! Was erhöht dafür der Arbeiter? Der durchschnittliche Tageslohn steigt für Vergewaltiger güng von 3.61 auf 3.63, der Lohn der Hausbergleute von 3.71 auf 3.61 Mark zurück!!! Ein Millionen-

überdusch wird gemacht und zur selben Zeit wird dem Arbeiter der Lohn gekürzt und das zu einer Zeit, wo Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise beständig im Steigen begriffen sind. Wenn der Staat selbst, der Vater der Sozialpolitik, in solcher Weise seine Arbeiter behandelt, dann werden diese wohl bald einsehen, was sie zu thun haben. Der 26. Februar, der Tag der Reichstagswahl, giebt den Stahlurter Vergebensten Gelegenheit, die richtige Antwort auf die sozialistische Klammerei zu geben.

Kleine Chronik.

Ein 17-jähriger Gymnasiast, Sohn des Geh. Regierungsrat Meyer in Karlsruhe, erkrankte sich am Samstag wegen Krankheit. Die Mörder des Wächters Wilhelm Büchel in Breslau sind im Laufe des Sonntags und der Sonntag in der Person zweier Schloffer verhaftet worden und haben bereits ein Geständnis abgelegt. Wegen Ermordung seiner Ehefrau wurde in Kiel der Arbeiter Moeller aus Vartelsby verhaftet. Das Verbrechen ist schon vor einem Jahre verübt worden, und er ist in der Zwischenzeit bereits zahlreiche Personen unter dem Verdachte der Thätigkeit verhaftet worden. Der Arzt Beaumont in Nachen wurde von zwei Strohhackern grundlos auf der Straße niedergeschlagen. Der Arzt wurde bewußtlos. Die Strohhacker sind verhaftet.

Ein Teil des Kirchengewölbes stürzte in der Dörschaft Kuno-vollje (Aussland) während des Gottesdiensts ein. Acht Personen wurden durch herabstürzendes Mauerwerk getödtet, drei andere bei entfallenden Wund und Frucht nach den Ausgängen von der Menge erdrückt, viele wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Der Centralverband der Konditoren und verwandten Berufsgehilfen, Zahlstelle Magdeburg, hielt am 13. v. Mts., seine Generalversammlung im Vereinslokal, Schottorfstraße, ab. Zu derselben ersollte der Vorsitzende den Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Danach hielt derselbe 13 Versammlungen ab. 47 Vereiner sind jetzt im Verband organisiert. In nächster Woche Tebänge erteilt und der alte Vorstand mit der Verlegung der Geschäfte für das laufende Jahr betraut.

Mittwoch, 21. Januar:

- Arbeiter-Gesangsverein „Einigkeit“ Magdeburg, jeden Mittwoch abend 8½ Uhr Gesangsstunde im „Mützehaus“, Stephansstraße 39. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.
- Gesangsverein Gemischter Chor, Budau, jeden Mittwoch abend 8½ Uhr Übungsstunde bei W. Balzer, Althoferstraße 5.
- Arbeiter-Gesangsverein Budau, jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Übungsstunde in Häfeters Restauration, Dorotheenstraße 19.
- Arbeiter-Turnverein Hohendörfchen, jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde bei Zigm.
- Männer-Turnverein Lennschloß, jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8-10 Uhr Übungsstunde.
- Gesangsverein „Männerchor“, Neumarkt, jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Baack.
- Männer-Gesangsverein Gr. Osterleben, jeden Mittwoch abend Übungsstunde bei Baack.
- Reinhaldenseben, Turnverein Jahn, jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.
- Burg, Gesangsverein „Vorwärts“, jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Baack.

Briefkasten.

Revision. Die Revision gegen Urteile des Landgerichts wird vom Reichsgericht entschieden.

Parteilosen!

Denkt bei allen Zusammenkünften an die Verbreitung der Volkstimme.

Kaiserstraße 20. Warenhaus S. Pincus Kaiserstraße 20.

Zu ganz kolossal billigen und ganz bedeutend ermäßigten Preisen offeriere ich, so lange der Vorrat reicht:

Kleiderstoffe, Roben knappen Masses
Hemdenbarchent-Reste
Körper- und Satin-Reste
Meter 20 Pf.

Auch wird der noch vorhandene Restbestand des so ganz kolossal billigen Postens

Steingut, wie z. B.: Teller à 2 Pf., Kaffeetassen à 1 Pf., Tumpfen à 1 Pf., Suppenterrinen à 48 Pf., Pratenhüßeln etc. etc.
zu staunend billigen Preisen ausverkauft.

Kaiserstraße 20. Warenhaus S. Pincus Kaiserstraße 20.

Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobstraße 49.
Zu herabgesetztem Preise
empfehlen wir:

Hausschatz
der
Gesundheit.
Naturheilkunde und Körperpflege
vollständig dargestellt
von Dr. Paul Schmidt.
Mit 3 Illustrationen. — Früherer Preis 2.25 Mk.
Jetzt 1.50 Mk.
Nur so lange der Vorrat reicht

Einem Kinder Feindes sucht 20 Ludwig
Baldwin, W. T. G. M., Rosenstr. 1

Zucht, Bismarckstr. 10. Hier dem Haupte
St. Oetken, W. T. G. M., Rosenstr. 1

Gänse! Gänse! Gänse!
Gänsefleisch, zerlegt
Gänsebraten
Gänsebraten
Mittwoch u. Sonntag, Marktstand
Sonnabend, gest. d. Nichts. Weise.
Moritz Weisberg
Simmelreifestraße Nr. 12.

Die Neue Zeit.
Revue
des geistigen und öffentlichen Lebens.
Wöchentlich erscheint eine Nummer
zum Preise von 25 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
sowie sämtl. Postvertreter.

Städt. Arbeitsnachweisstelle
unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5
Zentrale, Marktstr. 5, Statanus Nr. 2150-2155.
Männliche Abteilung 12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 " " " 4-7 " " "

Es werden gesucht:
Männliche Abteilung:
Mehrere Handwerker, Züfter- und Kleidermacher für hier und außerhalb, Drechsler-,
fischer, Lehrlinge für: Buchbinder, Barbier, Gärtner, Schuhmacher und
Klempner.
Weibliche Abteilung:
Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und gewerbliche
Arbeiten aller Art

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
unentgeltliches Anknüpfbareu

Kleine Klosterstraße 15, partee. Eingang durch den Saal rechts.
Kostenlos Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts
aus: kostenlos Auskunft in Sachen der Invaliden- und Kranken-
versicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings-
und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:
Tischler auf seine Möbel, Schuhmacher (selbständig), Binder auf Geschirr, 3 Töpfer
(Dreher auf Töpfe), Barbier, Knecht, Stellmacher, Wärfelmacherin, Dienstmädchen
und junge Aufwärterin.



Anfertigung von Masken-Anzügen

in jeder gewünschten Tracht und Ausführung unter billigster Preisnotiz. Für Aufführungen übernehmen wir die vollständige Lieferung der Requisiten.

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Keine nassen Füße mehr! Überall zu haben. **LAVALL** Mache dein Schutzzeug mit. Wasserdicht, weich u. dauerhaft. Bestes Lederfell. Einzige bewährte Mittel.

Vorsicht beim Einkauf von Margarine!

Für wenig Geld gute Ware zu beziehen, darauf legt jede praktische Hausfrau Wert. Darum, verehrte Hausfrauen, **Vorsicht beim Einkauf von Margarine.** — Margarine soll ein Erzeugnis tierischer Milchbestandteile sein, verlangt also mit Recht dieselbe aufmerksame Behandlung. — Leider wird der Margarine nicht immer die nötige Aufmerksamkeit geschenkt und kommt meist schon zu alt zum Verkauf. Darum hat sie auch bei vielen Hausfrauen noch nicht den Anklang gefunden, den dieselbe in Wirklichkeit verdient. Den ersten Platz unter allen Margarinearten nimmt die Marke: **Colomba** ein! Der Erfolg beim Vertrieb dieser Marke ist verblüffend. **Colomba-Margarine** ist aus dem feinsten Rohmargarin und höchst zulässigem Zusatz von Rahm hergestellt. **Colomba-Margarine** hat alle Eigenschaften der besten Naturbutter, schmeckt, duftet, bräunt, schäumt, bäckt wie diese, hat sogar einen höheren Fettgehalt und ist folgedessen sehr nahrhaft. Neben dem Vorzug, daß **Colomba-Margarine** der Naturbutter an Geschmack und Feinheit nichts nachgibt, besitzt sie noch die Eigenschaft, daß sie 8-14 Tage und länger alt werden kann, ohne an Geschmack zu verlieren während Naturbutter schon nach 3 bis 4 Tagen alt schmeckt. — Nicht allem, daß man **Colomba-Margarine** infolge ihrer Feinheit und des billigeren Preises als Naturbutter auf Brot und Semmel zu streichen, sowie zum Braten bevorzugt, sondern man kann sie selbst zu dem feinsten Gebäck mit größtem Erfolg benutzen. — **Colomba** macht das Gebäck sehr schmackhaft, mild und mürbe. Verehrte Hausfrau, sollte Ihr Kaufmann **Colomba** noch nicht führen, so veranlassen Sie ihn, bitte, dazu! Verkaufsstellen sind deutlich durch Plakate im Fenster: **„Colomba-Margarine hier zu haben“** kenntlich. **Fabriklager bei Aug. Linnecke, Magdeburg.**

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Maskenball

der Freien Turnerschaft Burg am 24. Februar 1900 im Hofjäger. Saalöffnung 6 Uhr. Wirklich großartige Ueberraschungen und Aufführungen, u. a.: **Nazel's Hauskapelle.** Karten sind zu haben bei Naturbe (Mitternachts) Büttner (Große Brahmstraße 1), Lübecke (Scharthausstraße), Reinecke (Am Markt) und im Vereinslokal (Hofjäger). Der Vorstand.

Achtung! Kellner Magdeburgs!

Am Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr **Öffentl. Versammlung** im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

- Tages-Ordnung:
1. Arbeiterschutz im Gastwirts-gewerbe. Referent: Kollege Wegener-Berlin.
2. Wahl eines Delegierten zum Fachkongress. 3. Verschiedenes.
Freie Diskussion
Der Einberufer: Otto Böhme.

Möbel-Einrichtungen

größte Auswahl in den großen Läden von **J. Mook** jetzt nur **Jakobsstraße 51** dicht am Alten Markt.

Englisch Lederhosen

in allen Farben und Sorten. Gemusterte Lederhosen in den schönsten Mustern in unerreicht großer Auswahl empfiehlt

G. Gehse

14 Johannisstraße 14 Engl. Lederhosen-Fabrik u. Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderoben

Blaue Schutz-Anzüge

in Leinen und Engl. Leder für Schlosser. Winter-Loden-Joppen extra stark, warm gefüttert.

Ältestes und solides Arbeiter-Garderobengeschäft Magdeburgs (Gegründet 1820).

Därme

zum Handflachten empfiehlt **Carl Niewerth** 8 Kronprinzenstraße 8.

Kerz-Kaffee.



Knochenh.-Ufer 64.

Zahntechnikerin

J. Bartholomäus, Martinstr. 19

Breiteweg 89/90

müß man zu den denkbar billigsten Preisen: **Anhbanm und Birken** echte, halberche und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete **Polsterwaren** bei **Georg Mook** Breiteweg 89/90.

Zahnschmerz

hohler Zähne beseitigt sicher sofort **Kropp's Zahnwatte** (20% Carvacrolwatte) à Fl. 50 Pf. nur echt zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Niram nichts anderes, nur **Kropp** allein ist sicher wirksam. 17

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch **Visser, homöopathischer Prakt.** Magdeburg, Jakobsstr. 3. Sprechstunden v. 11-1 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden. 48

Dr. Thompson's

SEIFENPULVER gibt blendend weisse Wäsche. Unübertreffliches Wasch- und Bleichmittel. Allein echt mit Namen **Dr. Thompson** Schutzmarke SCHWAN. Vorsteht vor Nachahmungen! Verberalt künstlich. Alleiniger Fabrikant: **Ernst Sieglin, Düsseldorf.**



grüne Bohnen

die 2 Pfund-Dose nur 30 Pfg. empfiehlt **L. W. Lüder** Gr. Markt- u. Stephansbrückenecke.

Ein Mittel-Pferd (Wallach)

billig zu verkaufen 156 **Menhaldenlebenerstraße 1, Hof, Hs.**

Breiteweg 89/90

Strümpfe werden neu und angefertigt **Marienstr. 13, II Tr. rechts.**

Geht Zwicker u. Auspußer

nicht **A. Rosenberg, Unterstr. 1.**

Gold-Medaillon, vieredig, schwarzer Stein, Sonnabend im Linsenpark verloren.

Gegen Belohnung abzug. i. d. Exped. d. Bl.

Rückenzettel des Lehrerrinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, I Tr.

Mittwoch: Kartoffelsuppe mit Würstchen, Grünkraut mit Fruchtsauce. Donnerstag: Bierjuppe, Rinderbraten, Kartoffelsalat. Freitag: Brühjuppe mit Sago, Schmorhuhn, Krautauflage, Salzkartoffeln. Sonnabend: Eintopfjuppe, Rindfleisch, Meerrettichsauce, Salzkartoffeln.

Jünger Mann sucht Stelle als Schlosser-lehrling. Offerten mit **F. D. a. d. Exp.**
* Wohnung, 48 Zhr., sofort od. spät zu vermieten. **Marienstr. 3, Hof, 2 Tr.**
* **Löblichhofstraße 3, v. 2 Tr.**, möbl. Zimmer, Woche 3 Mk.
Frdl. Schlafstelle, Knochenhaueruferstr. 45, I.
Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Treppen.

Circus-

Theater. Heute Mittwoch: **Men! L'AMOUR Men!** Die Hochzeitsreise. Größt. Schlagor der Saison. Trotz der enormen Kosten keine erhöhten Preise. Vorverkauf- u. Vorsugsarten gütlich. In Vorbereitung: **Magdeburg wie es baut u. kracht.**

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 24. Januar 1900: **Novität! Jun 3. Male! Novität! Der Probekandidat.** Schauspiel in 4 Akten von Max Dreher

Walhalla

!!Seelöwen!! Das Großartigste der Saison!

Walhalla

Parterre-Säle: Jeden Abend: **Gr. Uk-Konzert**

Walhalla

Unseren Sportkollegen **Franz Königstedt** und **Kermann Brennecke** zu ihren Geburtstagen ein **dreifaches Kraft-Heil!** **Erster Subenburger Athletenklub.**

Unserem Zuhörer Franz Königstedt zu seinem Wiegensfest ein donnerndes

Frei-Heil! **Männer-Turnverein Zahn Eudenburg.**

Ich erlaube diejenige Person, welche mir am 21. Januar bei Herrn Friedr. Strumpf in Gr.-Ottensleben mein schwarzes Jackett veräußert hat, dasselbe wieder bei Herrn Strumpf abzugeben, da dieselbe erkannt ist und ich sonst Anzeige erlassen werde.

Rudolf Liebke.

Ein Trauring, gez. M. S., verl. geg. Fund. wird geb., desgl. abzug. **Annastr. 19, S. 1.**

Ein Kind wünscht in Pflege zu nehmen **Frau Stemmer, Fahllocherstr. 9, S. 1 Tr.**

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 19.

Magdeburg, Mittwoch, den 24. Januar 1900.

11. Jahrgang.

Oesterreich 1800—1900.

Die gegenwärtigen Wirren des unglücklichen „Kaiserstaates an der Donau“ werden vielleicht etwas verständlicher, wenn man sich die Entwicklung vorhält, die der österreichische Staat in diesem Jahrhundert durchgemacht hat. Man erkennt die heutigen Schwierigkeiten dann als das notwendige Ergebnis der bisherigen Entwicklung.

Der Beginn des Jahrhunderts sah den Staat mitten in einem Koalitionskriege gegen Napoleon I., der mit dem Frieden von Lunéville 1801 unruhig abwich. Auf dem Throne saß Franz II., ein feiner Hochmut unter der Maske des Friedemanns verbergender, ungherziger und geistig beschränkter Herr. Eine Leidenschaft hatte er, der er mit großer Hingabe lebte. Diese Leidenschaft bestand darin, — Bonaparte zu schlagen. Von seinem Bruder und Vorgänger Joseph II. waren alle Ueberreste der Reformpolitik Josephs II. sorgfältig entfernt worden. Wirtschaftlich wie geistig befand sich das Land im verkommensten Zustande, schlecht beherrscht von einer überaus zahlreichen Klerisei. Nur die vielen Kriege mit Napoleon brachten Aufregung, Niederlage, Länderverlust, halben Staatsbankrott. Um sich von letzterem zu retten, wurde sogar eine Erzherzogin, Marie Louise, mit dem doch nicht „ebenbürtigen“ Korsen vermählt.

Das gänzlich wertlos gewordene mittelalterliche Erbtum der deutschen Kaiserkrone hatte Franz schon 1806 niedergelegt und ein erbliches österreichisches Kaiserthum errichtet. Des vogelbauerkleinernden Herrschers inlinster Ratgeber wurde Clemens Fürst Metternich, der vierzig Jahre auf ebenso tiefgehende wie unheilvolle Weise die Geschichte seines Landes und die Deutschlands beeinflusst hat. Dazu schuf er sich nach den „Freiheitskriegen“, um die Freiheit für zu machen, im Deutschen Bunde und in der Heiligen Allianz die erforderlichen Organe. Mit Rußland wetteiferte man, Hork und Förderer jeglicher reaktionären und legitimistischen Völkereintrichtung zu sein. Dazu trommelte Metternich seine berühmten Kongresse zusammen. Auf dem zu Troppau 1820 wurde das Interventionsrecht der Heiligen Allianz festgestellt, zu Laibach 1821 bevollmächtigte man Oesterreich, in Piemont und Neapel (zu Gunsten der zerrütteten Bourbonenherrschaft) einzuschreiten, zu Verona wurde Frankreich gestattet, die Revolution gegen die Bourbonen in Spanien „niederzuwerfen“.

1835 starb der verknöcherte Franz, der zum mindesten kindlich schwachsinrige Ferdinand I. wurde Kaiser. Vorläufig waren im Innern keine schwierigen Aufgaben zu lösen. Das Volk bemühte sich nach den napoleonischen Stürmen, in Ruhe seinen fargen Erwerb zu gewinnen. Und das gelang dem Kleinbürgertum auch einigermaßen. Die Lage der Arbeiterschaft litt auch hier, ganz besonders aber in Böhmens Textilindustrie, durch die Einführung der Maschinen. Der Bauernstand feuzte noch unter den schwersten Feudallasten. Die seit 1815 langsam sich entwickelnde Gegenläge der Nationalitäten wußte schon Metternich gegen einander auszuwickeln.

Da kam 1848 von Ungarn her, wo Kossuth in Preßburg sich an die Spitze gestellt hatte, die Revolution. Metternich sah den Boden unter seinen Füßen weichen, die Monarchie für verloren. Er „effektivierte seinen Rücktritt mit Freunden“ — und mit großer Eile. Er floh Hals über Kopf nach London. Die Erhebung des Wiener Proletariats

wurde im Blut erstickt. Die Säbelhant des Fürsten Windischgrätz herrschte.

Wir wollen hier nicht die Wirren im einzelnen, nicht die bis zuletzt tapfere Haltung der Wiener Arbeiter, nicht die jämmerliche Komödie des Spiels mit einer Verfassung und nicht was in Wien wie in Berlin gleich unwürdige Zuhilfenahme des Mitleids schildern.

Mit dem Minister Schwarzenberg trat nach dem Rücktritt Ferdinands sein Nefse Franz Josef I. am 2. Dezember 1848 die Regierung an.

Der Reichstag, dem die Lösung der Verfassungsfrage nicht gelungen wollte, wurde aufgelöst. Man regierte wieder absolut. Man hatte Erfolge. Der Triumph zu Olmütz über Preußen und die Niederwerfung Ungarns 1849 erschienen dem jungen, sehr lebenslustigen Kaiser als gute Vorzeichen. Schwarzenberg, Nachfolger Schmerling hob die verlebten Grundrechte auf, schaffte die Schwaerichte ab, wandelte die Provinzialstände in Ausschüsse der Feudalen und Großgrundbesitzer um. Der Klerus erhielt noch größeren Einfluß. Andererseits wurde die wirtschaftliche Entwicklung etwas gefördert durch die mit deutschen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge und durch Eisenbahnbauten. Das in Fluß kommende italienische Einigungswerk ließ Oesterreich zunächst bis auf Venedig seine italienischen Besitzungen verlieren. Im Innern mühte sich Schmerling an der Verfassungsfrage ab, da das absolute Regiment doch nicht aus den Schwierigkeiten herauskam. Ein allgemeiner Reichsrat sollte die gemeinsamen Fragen aller Länder (auch Ungarns) behandeln, ein engerer nur die Eisethaniens, beide mit zwei Kammern. Aber vor allem wollten die Ungarn keine Gesamtstaatsverfassung. Sie streikten bei den Wahlen, während die Deutschen in Siebenbürgen hernach eintraten, Böhmen und Mähren aber wieder ausschieden. Die deutschen zentralistischen Bestrebungen waren damit gescheitert. Ein „Dreikaiserministerium“ (Belcredi, Larisch, Mensdorff) stiftete die Verfassung, mühte sich vergebens ab, die oppositionellen Ungarn niederzubekommen und versenkte sich völlig mit den deutschen Kronländern.

Das ist aber bewährte Art alles bisherigen Regierens: Bei Schwierigkeiten im Innern Verwicklungen nach außen willkommen zu heißen. Das that die Hofpartei angesichts des Konflikts mit Preußen, der den Krieg von 1866 brachte. Oesterreichs Niederlage brachte einen neuen Ministerpräsidenten, Herrn v. Beust aus Dresden, der im Königreich Sachsen offenbar nur ein zu enges Feld gehabt und deshalb dort so gründliche Reinfälle erlebt hatte. In Oesterreich leitete er den von Franz Deak seit langem empfohlenen Ausgleich mit Ungarn ein, schuf das System der Delegationen, welche als Ausschüsse der vier Kammern beider Reichshälften die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten haben. Die im September 1865 aufgehobene Verfassung wurde wiederhergestellt, aber der Streit der Nationalitäten brach von neuem aus. Ein Ministerium Hohenwart mit dem Kathedersozialisten Schäffle als Handelsminister versuchte im feudalklerikalen Sinne auszugleichen, aber es scheiterte damit. Das neue Ministerium Auersperg stützte sich auf die Deutschen. Die Wahl des Reichsrats durch die Landtage wurde abgeschafft. Nach außen nahm man an der Fehlgeldung des Dreikaiserbündnisses teil.

Ganz ähnlich wie bei uns brachten auch in Oesterreich

die siebziger Jahre wirtschaftlich zuerst einen großen kapitalistischen Aufschwung, dann aber einen ebenso großen Krach mit Not und Elend für die unteren Volksschichten. 1875 76 mußte der Ausgleich mit Ungarn erneuert werden. Vom Berliner Kongress ließ man sich die Bezeichnung von Bosnien und der Herzegowina übertragen. Die daraus entstehenden inneren Schwierigkeiten führten das Ministerium Auersperg. Man begann Herr Taaffe von 1879—93 so zu „verhöhn“, daß schließlich alle Parteien zu unversöhnlichen Feinden wurden. Jetzt erreichte die Auspielung der Nationalitäten gegen einander ihren Höhepunkt. Jetzt mußten insbesondere die unter sich habenden Deutschen daran glauben. Jetzt gab es nur noch eine Parole in Wien, die lautete: „Fortwuefeln“. Polen und Tschechen spielten die eine Rolle. Letztere erhielten 1880 die samow Sprachverordnung, die den Beamten den eventuellen Gebrauch der tschechischen Sprache vorschrieb. Die Deutschen richteten sich zur Wehr, aber sie litten an Uneinigkeit. Als der böhmische Landtag 1886 einen Antrag Wien einbrachte, Schut der Deutschen in den rein deutschen Landesteilen abzulehnte, traten die Deutschen aus dem Reichsrat aus. Die Schwierigkeiten im Innern erleichterten die auswärtige Politik natürlich nicht. Der 1883 abgegangene Dreieubund hatte in den Slaven und Jungtschechen von Anfang an Todfeinde.

Die Entwicklung des Wirtschafts- und Staatslebens hatte natürlich auch in Oesterreich eine klassenbewußtsozialdemokratische Arbeiterbewegung gezeitigt. Sie hatte gegen manche Hindernisse zu kämpfen: Die Rückständigkeit des öffentlichen Lebens, die mangelhafte Schulbildung, die Sprachenverschiedenheit. Der Sozialismus aber empfängl Schwierigkeiten nur dazu, damit er sie überwinde. Auch die, welche sich im eigenen Lager über die verschiedenen Ansichten über den Klassenkampf ergaben, waren kein dauerndes Hemmnis. Am 30. Dezember 1888 fand der einigende Parteitag zu Hainfeld statt. Schon seit 1885 lastete ein Ausnahmegesetz auch auf der österreichischen Bruderpartei. Dazu auf dem ganzen Proletariate hohe Kaffe- und Petroleumzölle, Branntwein-, Zucker-, Salzsteuern. Der Militarismus verschlang auch hier immer neue Millionen. Natürlich verkauften unsere Genossen gegenüber dem ganz rückständigen Wahlmodus, den man hatte, das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht.

Herr Taaffe gedachte die Arbeiterchaft zu fördern und brachte 1893 seine Wahlvorlage ein. Das Abgeordnetenhaus, der Reichsrat, bestand 1873—96 aus 353 Mitgliedern, die von 4 Wählerklassen (Kurien) gewählt wurden. Die Grundbesitzer- und Handelskammerkurie wollte Taaffe unberührt lassen, aber für die der Städte und Landgemeinden mehr herangezogen werden. Nicht einmal das ertrugen die „im Besitz Befindlichen“. Feudale, Polen, Deutsche Linke zeigten sich als Gegner dieses Vorschlags. Taaffe ging im November 1893 ab. Fürst Windischgrätz that ein Koalitionsministerium auf, aber die Koalition ging bald in die Brüche. Nach einem „Ubergangsministerium“ Kielmannsegg — eine Einrichtung, die Oesterreich seitdem als Spezialität pflegt — kam ein Mann ans Ruder, der jedenfalls unjeren Herrn von Kröcher gefallen haben dürfte. Vadani war so einer mit starken Nerven, ohne im Uebermaß geistig erleuchtet zu sein, ein „starker Mann“ mit e. W. 1896 brachte er ein

Feuilleton.

Der Roman einer Verschwörung.

Von H. Hauc

Ins Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(64. Fortsetzung.)

Kaum hatte Louis den Namen Juliettes ausgesprochen, als er sehr rot wurde. Er sah, daß er im Begriff war, vor seiner Mutter eine Dummheit zu sagen.

„Was giebt's neues im Gefängnis?“ fragte Pierre.

„Absolut nichts. Heute morgen noch habe ich Vater Descoffes am Fenster gesehen, als er seine Pfeife rauchte. Der alte Spitzbube? Und doch hat man diese Woche wieder gestohlen?“

„Wo denn?“

„In Notre-Dame. Sie haben den Altar und die Sakristei geplündert.“

„Hat die Polizei nichts entdeckt?“

„Nichts. Und Descoffes hatte die friedlichste Miene von der Welt. Der Abbé würde ihm ohne Beichte das Abendmahl gegeben haben!“

„Gut. Wir haben folgendes vor. Unsern Wagen haben wir bei den Felsen zurückgelassen. Wir kehren in die Herberge zurück und kommen vor Tage an dem bewußten Orte an, Louis. Wir verbringen dort ruhig den Tag. Du gehst morgen früh von hier fort und benachrichtigst Descoffes von unserer Rückkehr. Wenn in der „Heimsuchung“ alles gut steht und Du uns keine Nachricht schickst, kommen wir bei Nacht in die Stadt und werden an der kleinen Thür der „Heimsuchung“ zu der gewohnten Stunde sein.“

„Einverstanden,“ antwortete Louis. „Und was habe ich dann zu thun?“

„Nichts.“

„Wie! nichts? Aber soll ich Euch am nächsten Tage nicht helfen?“

„Am Tage darnach wirst Du weit fort sein.“

„Wie denn das, Bruder? Ich verstehe Dich nicht.“

Du wirst mich verstehen. Du kannst uns hier nichts

nützen; im Gegenteil, Du könntest nur unfreiwillig in die Nachforschungen der Polizei Licht bringen. Wenn wir mit unserem Vorhaben scheitern, warum willst Du Dich dann mit uns bloßstellen? Haben wir Erfolg, so würden die Polizei Drank und Degrange sich gewiß an Dir rächen. Das will ich nicht, und der Abbe will es auch nicht. Hier ist ein Paß, der vollkommen für Dich paßt. Du wirst morgen nach Nantes abreisen. Dort findest Du unsern Freund Alard. Du kennst ihn. Er wird Dir Mittel und Wege verschaffen, Dich in einem Hafen der Nachbarschaft auf einem seiner Segler, die Schmutzhandel mit England treiben, einzuschiffen. Bis dahin wird er Dich verbergen.“

Louis kentete den Kopf; er runzelte die Brauen. Mit leiser Stimme antwortete er:

„Ich will Dich nicht verlassen. Ich bleibe bis zum Ende bei Dir. Ohne Dich will ich nicht stehen.“

Frau Rochereuil mischte sich nicht in diesen Streit, aber angstvoll hörte sie zu, kein Auge von Louis wendend.

Da sprach Pierre in fast befehlendem Tone:

„Du mußt. Ich will es. Ich wiederhole Dir: hier würdest Du mir sälig sein.“

Louis schüttelte den Kopf; man sah, daß sein Entschluß fest gefaßt war.

Pierre hob von neuem an: „Du siehst wohl, Mutter, wie sehr ich Recht hatte, Dir vorhin zu sagen, daß ich Dich brauchte. Jetzt ist der Augenblick gekommen. Sprich Du mit diesem Starrkopf. Bestimme ihn, meinem Rat zu folgen.“

„Louis, mein teurer Sohn, ich bitte Dich,“ flüsterte Frau Rochereuil.

Sie vermochte nichts weiter zu sagen. Aber welche Macht besaßen diese gebrochene Stimme und die flehenden Blicke!

Louis war aufgestanden. Er ging mit großen Schritten umher und wiederholte:

„Nein, nein! Es wäre feige.“

Da stand auch Pierre auf.

„Berzeih, Mutter,“ sagte er, „laß mich diesem eigen-

willigen Schlingel etwas Vernunft predigen.“

Er nahm seinen Bruder beim Arm, zog ihn in eine Ecke, gewaltsam seine Hand pressend.

„Du sprichst von Feigheit, Unglücklicher,“ jagte er mit mühsam unterdrückter Stimme. „Weißt Du, was feig wäre? Wenn Du aus Eigenliebe unserer Mutter das Herz brädest. Siehst Du nicht, daß sie nahe daran ist, in Schluchzen auszubrechen? Willst Du, daß sie uns beide mit einem Male verliert? Wenn es mir nicht gelingt, wenn ich unsere Fremde nicht retten und mit ihnen fliehen kann, wenn ich sterbe, wer tröstet dann die arme Mutter, die bald vielleicht alle Schmerzen des Lebens bis zur Reize ausgekostet hat? Da! Sieh sie an, Louis. Sie macht übermenschliche Anstrengungen, um ruhig zu scheinen. . . Es ist fürchterlich mit anzusehen! Glaubst Du, daß ich, wenn nicht die Ehre unweigerlich geböte, zu bleiben, nicht sofort fliehen würde, um ihr die Thränen zu ersparen? Du hast keine Verpflichtung übernommen, Louis. Du kannst frei handeln. Geh, Bruder, ich beschwöre Dich. Wenn ich dich nicht in Sicherheit weiß, wenn ich nicht gewiß weiß, daß Du unserer Mutter, die uns so sehr liebt, bleibst, dann habe ich nicht die Ruhe und Kaltblütigkeit, die mir bald so nötig sein werden.“

„Du willst es,“ sagte Louis mit Thränen in den Augen. „Es sei. Ich werde abreisen.“

Dann kamen die beiden Brüder zu Frau Rochereuil zurück.

„Nun, Mutter,“ jagte Pierre, „es ist abgemacht, Louis reißt morgen nach Nantes, und wir, Abbé, kehren in die alte „Heimsuchung“ zurück. Pah! Wir werden nicht layge dort bleiben!“

Frau Rochereuil dachte nach.

„Herr Georget,“ fragte sie plötzlich, „kann ich Ihnen hier oder in Poitiers irgendwie nützlich sein?“

„Nein, gnädige Frau, nein; unser Plan ist fertig. Alle unsere Maßregeln sind getroffen. Es handelt sich um eine Nacht; wir wissen, wo wir uns zuerst verbergen sollen und wie wir dann Poitiers ohne Gefahr verlassen können.“

„Ist das wahr, Pierre?“

„Ja, Mutter. Hege keine Unruhe. Du wirst vierzehn Tage lang nichts von uns hören, das ist alles.“

(Fortsetzung folgt.)

Wahlreformvorlage ein. Sie fügte dem alten System ein fünfte Kurie an mit allgemeinem Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Staatsbürger, aber direkt nur in 15 der 72 neuen Wahlkreise, sonst indirekt mit Wahlmännern. Der Reichsrat hat danach 125 Abgeordnete, von denen 72 von allen mündigen männlichen Personen, alle anderen aber von den allen vier Kurien mit ihren bevorrechteten Klassen gewählt werden. Die Wahlen im März 1897 brachten doch 14 Sozialdemokraten in das Haus. Im April 1897 erfreute Baden seine geliebten Tschechen mit den berücksichtigten zwei Sprachverordnungen für Böhmen. Nach der ersten mussten die Beamten die Kenntnis ihrer Landessprache nachweisen, nach der zweiten musste im Straf- und Zivilgerichtsverfahren diejenige Sprache angewandt werden, deren sich die Partei bedient. Bei den Deutschen erhob sich großer nationaler Ärger. Baden sollte in Anklagezustand versetzt werden. Baden schloß nach sechswochigen Skandalen die Session. Auf dem Gipfelpunkt des Skandals gelangte der Minister durch sein Duell mit dem Abg. Wolff am 25. September 1897. Am 28. November mußte er endlich der Obstruktion weichen.

Dann folgten die Ministerien Gutsch und Thun, das eine seit Dezember 1897, das andere seit März 1898. Man kann, ohne auf die näheren Einzelheiten der von ihnen befolgten Politik einzugehen, zusammenfassend sagen, daß sie versuchten, mit einer parlamentarischen Majorität die deutsche Opposition unterzukriegen, ein Experiment, das ihnen mißlang. Ende September vorigen Jahres wurde nun der Graf Clary zum Ministerpräsidenten ernannt, der unter Aufhebung der Sprachverordnungen mit Hilfe der Autorität und des direkten Eintretens der Krone die bisherige Majorität zu zertrümmern und aus gewissen, nicht ganz verbotenen Zeiten derselben und der Minorität eine neue Majorität zu bilden, mit welcher besonders der wichtige Ausgleich mit Ungarn parlamentarisch erledigt werden sollte. Nach dies Experiment versagte. Der Träger der Krone hatte sich unsonst persönlich für seinen Minister und dessen Politik eingesetzt. Die Rechte, der man nach Thuns Nichtwillen vereitelt hatte, einen der ihnen, den Fürsten Alfred Liechtenstein an die Spitze zu bringen, hatte dem deutsch-liberalen Clary eben die Unmöglichkeit zu regieren, gewissermaßen zugeschworen. Darum hinderte sie die parlamentarische Erledigung des auf dem Ausgleich mit Ungarn beruhenden Ueberweisungs-gesetzes, das einer ihrer Führer, Dipauli, als Minister selbst mitgeschaffen hatte. Die Czechen hielten hartnäckig an ihrer Forderung fest, daß ihnen die innere tschechische Amtssprache in Böhmen und Mähren gewährt werde.

Graf Clary war wenigstens ein ehelicher Mann. Er wollte parlamentarisch regieren, nicht mit dem Rückfall in den Absolutismus per § 14 zwangsweise „Staatsnotwendigkeiten durchsetzen“, wie der schöne Ausdruck lautet. Er trat kurz vor Jahreschluss ab und der bisherige Eisenbahnminister Wittke wurde Präsident eines „Uebergangsministeriums“, welches die Unannehmlichkeit jener zwangsweisen Durchführung der zu erledigenden Staatsaktionen auf sich zu nehmen hatte. Damit hat es das neue Jahr eingeführt. Nun kann es aber wieder gehen. Ein Ministerium Körber soll dann versuchen, wieder einmal „Versöhnungsaktionen“ einzuleiten, um „parlamentarisch“ zu regieren.

Der Erfolg erscheint nach der ganzen Entwicklung der Dinge recht zweifelhaft. Das liegt einerseits an der Zusammenfassung des Ministeriums, das keinen irgendwie bedeutenderen Mann — solche giebt es anscheinend in Oesterreichs herrschenden Klassen überhaupt nicht mehr — in sich hat, vielmehr mehrere Leute mitbringt, die als Mitgeschuldige an den Zwangsverordnungen von vornherein „Schwierigkeiten“ heraufzubehaupten geeignet sind. Andererseits aber ist es überhaupt unmöglich, eine wirklich innere Einigkeit zu schaffen. Die Vielgliedrigkeit der Nationalitäten Oesterreichs mit ihren notwendigen verschiedenen Interessen widerspricht dem durchaus.

Den einzig möglichen Weg der Lösung

haben unsere dortigen Genossen vorgezeichnet, welche am 28. September vorigen Jahres auf ihrem Parteitage zu Pr ü n n für die Lösung der Nationalitätenfrage das als alleinrichtig bezeichneten: Jeder Nation freie Bahn für ihre Entwicklung zu lassen, freies Selbstbestimmungsrecht für jede Nation auf demokratischer Grundlage, Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten durch ein aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenes Reichsparlament, Schutz der nationalen Minderheiten in gemischten Bezirken durch Reichsgesetze, Feststellung der Verkehrssprache durch das Reichsparlament. Das ist die Stimme einer gesunden Realpolitik. Aber statt sie hören, stillt und drangsalirt man bei jeder Gelegenheit auch in Oesterreich, besonders in Ungarn, die, welche das einzig Richtige vorzuschlagen vermögen. Am Ende wie am Anfang des Jahrhunderts ist die regierende Klasse in Oesterreich mit Blindheit geschlagen. Die Thorheiten der Regierenden sind aber mächtige Hebel der Erfolge für die Sache des Proletariats. Das ist auch in Oesterreich am Ende des Jahrhunderts das einzig Erfreuliche: Ein demokratischer Sozialismus, der unaufhaltsam vorwärts dringt.

Zur Wahlbewegung im Wahlkreise Galbe-Mischerleben.

Auslegung der Wählerlisten.
Die Wählerlisten sind nach amtlichen Bekanntmachungen vom 24. bis 31. Januar ausgelegt. Der Ort der Auslegung wird in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt gemacht. Innerhalb der Auslegungsfrist muß jeder, der die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, dies bei dem Magistrate, Gemeinde- oder Ortsvorstande schriftlich anzeigen oder mündlich zu Protokoll geben, unter Vorbringung der Beweismittel für seine Behauptungen, sofern letztere nicht allgemein bekannt sind. — Es bedarf wohl kaum eines Hinweises auf die Wichtigkeit, welche der rechtzeitigen Einsichtnahme in die Wählerlisten beizulegen ist. **Veräume niemand, sich davon zu überzeugen, daß sein Name in der Wählerliste steht. Davon hängt die Ausübung seines Wahlrechts ab.** —

Ein nettes Pröbchen von Wahrheitsliebe.
Dem Schönebecker Tageblatt ist der Bericht über die Blacische Beleidigungsklage gegen die Frau Zieger in Stasfurt, welchen wir kürzlich brachten, mächtig in die Glieder gefahren. Das Blättchen bringt einen wütenden Schimpfartikel — wohl eingedenk der Blacischen Belehrung im letzten Flugblatt: „Es ist eine alte Erfahrung, daß jemand, der keine sachlichen und stichhaltigen Gründe für seine Beweisführung hat, heftig und unhöflich wird“ — in welchem es uns der Unwahrheit beschuldigt. Der über unsere Unwahrheit so sittlich entrüstete Herr Hirschfelder ist so köstlich in seinem wütenden Grimm, daß wir es uns nicht versagen können, den braven Kämpen für Treu und Glauben, Religion, Sitte und Ordnung selbst zu Worte kommen zu lassen. Man höre:

„Aus allen Artikeln der sozialdemokratischen Zeitungen geht das Bestreben hervor, alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien verächtlich zu machen, und als vogelfrei für jede Beschimpfung hinzustellen. Wir sollen uns jede Schmach ruhig anthon lassen, sonst fallen die Psephiraten über uns her, drehen und verdrehen so lange, bis sie uns alle mit ihrer Druckerchwärze zu Blutfangern und gemeinen Subjekten verarbeitet haben.“

Wegen der Art der Beschimpfung hat wahrscheinlich die Stasfurter Polizeibehörde im öffentlichen Interesse Strafantrag gestellt, jedenfalls nicht Herr Blacke, der also definitiv erklärt hat,

daß er keinen Strafantrag gegen Frau Zieger gestellt habe, aber die Volkstimme behauptet es trotzdem frisch weiter, weil sie weiß, daß ihre Leser es doch glauben.

Ein nettes Pröbchen von Wahrheitsliebe.
Wir Bürger sind vogelfrei für die Sozialdemokratie, weil wir zu vertrauensselig auf die heute noch auf dem Papiere stehende Gesellschaftsordnung und deshalb krafllos geworden sind.“

Also Herr Hirschfelder behauptet, Herr Blacke habe keinen Strafantrag gestellt, die Anklage gegen die Frau Zieger sei „wahrscheinlich“ im öffentlichen Interesse von der Stasfurter Polizeibehörde erhoben worden. Wir wollen es dem Herrn Hirschfelder gerne glauben, daß die Veröffentlichung des Berichts und die Schilderung des Herrn Blacke als Mundweilensläger, der im Wahlkreise Galbe-Mischerleben umherzieht und seine Befähigung zum Reichstagsabgeordneten durch Strafanträge gegen arme Frauen, Maurer usw. demonstriert, nicht gerade sehr angenehm ist. Aber durch solche Taschenspielerstücke, wie sie Herr Hirschfelder jetzt anzuwenden beliebt, wird die Thatsache nicht an der Welt geschafft. Wir sind höflich genug, anzunehmen, daß Herr Hirschfelder Kenntnis von den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen hat, wenn er sich in seinem Blatte über irgend ein Thema verbreitet. Er wird daher wohl auch wissen, daß bei allen Beleidigungen, es sei denn, daß dieselben den König oder die Königin oder irgend ein Mitglied des landesherrlichen Hauses betreffen, Strafantrag notwendig ist, wenn ein Verfahren eingeleitet werden soll. Selbst der Reichsanwalt und alle Minister müssen Strafantrag stellen, wenn sie sich beleidigt fühlen; ohne einen solchen ist an die Einleitung eines Verfahrens, geschweige denn an eine Verurteilung gar nicht zu denken. **Herr Hirschfelder, der dieses wissen muß, behauptet aber trotzdem, Herr Blacke habe keinen Strafantrag gestellt, während die Verurteilung der Frau Zieger beweist, daß dieses unbedingt geschehen sein muß.** Und derselbe Herr Hirschfelder, der in einer so unendlich plumpen Weise eine direkte Lüge in die Welt setzt, hat die Stirne, uns der Unwahrheit zu zeihen. Wahlich, er hat Recht:

„Ein nettes Pröbchen von Wahrheitsliebe.“
Es fällt uns nicht ein, uns zu entrüsten über die Jongleurkunststücke, die Herr Hirschfelder mit der Wahrheit verucht. Wir begreifen, wie schwer es ihm wird, dem Herrn Major der Landwehr und Kaufmann Blacke die Wege zu ebnen zum Herzen der Wähler im Wahlkreise Galbe-Mischerleben. Sein plumpe Manöver verrät uns, wie unangenehm es die „patriotischen Mittelwärtler“ empfinden, daß ihr Kandidat nicht nur als Schützling und Hehner bei Kontrollversammlungen und Kaisergeburtstagsfeiern, sondern auch als Mäher seiner ramponierten Ehre im Gerichtssaale den Wählern vorgeführt wird.

Schwärmerie für Ausnahmegerichte, uferlose Flottenpläne, Hochschußpolitik und nun auch noch Strafantragfabrikant für arme Frauen, Maurer usw. — wir begreifen die kranphafte Bemühungen des Herrn Hirschfelder und sein gespanntes Verhältnis zur Wahrheit. —

Soziales.
Die **Bergarbeiter** auf der gräflich Schaffgottischen Hohenzollerngrube in Oberschlesien befinden sich im partiellen Ausstand. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, eine größere Bewährung von Freizeitle und Achtstundentag. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden.
Das patriotische Unternehmertum. Dem Arbeitsmarkt vom 1. Januar entnehmen wir folgende Notiz, die den „wackelnden Patriotismus“ des deutschen Großkapitals

Kleines Feuilleton.

Neues von Sven Hedin. Aus Stockholm berichtet die Kreuzzeitung: Von dem Nilen-Ausfahrenden Dr. Sven Hedin war seit einem vom 4. September aus Stockholm datierten Briefe kein weiteres Lebenszeichen eingegangen. In Kiew, die dem mühtigen Entdeckerwohnenden nachsetzten, begann man bereits ernstliche Besürchtungen zu hegen, daß der Expedition ein Unfall zugestoßen sein könnte, als am 8. d. Mts. drei neue Briefsendungen von der Hand Hedins in Stockholm eintrafen. Das erste Schreiben war von Kapitän aus abgefaßt und trug als Datumbezeichnung den 15. September. Der zweite Brief kommt aus Karaschok an Tarinische und ist am 9. November d. J. abgefaßt, während der dritte unterm 9. November von Tsimen abgefaßt wurde. Aus dem Inhalte der verschiedenen Sendungen geht hervor, daß Dr. Hedin am 5. September Karaschok verließ, nachdem er seine Proviantvorräte reichlich ergänzt hatte und mit wirksamen Empfehlungsbriefen der Ortsbehörden an die nächsten Ortschaften versehen war. Ueberall, wohin die Karawane kam, war man von dem Entdecker Dr. Hedins im Voraus unterrichtet und bezeugte dem schwedischen Forscher mit großem Wohlwollen. In Kapitän wurde eine Fährte angefaßt, mit deren Hilfe ein Teil der Karawane die Fahrt auf dem Tarinistusse stromabwärts bis zum Lob-nor (150 schwedische Meilen) zurücklegen sollte. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Fährte erst eines gründlichen Ausbisses bedürfte, ehe sie sich für die ihr zugedachte Bestimmung geeignet erweisen konnte. Im übrigen ging die Fahrt glücklich und unbehindert von statten. Der andere Teil der Karawane erhielt den Auftrag, durch die Tarinistwälder am westlichen Strand entlang auf dem Landwege vorzudringen. Als Ziel für die Wiedervereinigung wurde Aivilang bestimmt, woselbst Fährte und Landkarawane nach 21 monatlicher Reise zusammenzutreffen gedachten. Der bisherige Verlauf der Reise war nach Dr. Hedins Angabe überaus erfolgreich. Wie erinnerlich sein dürfte, liegt es in Rücksicht Hedins, nach einer gründlichen Durchsichtigung des Lob-nor-Gebietes, wobei der junge Gelehrte namentlich den Nachweis zu führen versucht wird, daß sich der ältere Lob-nor-See weiter nördlich von dem jetzigen befindet hat, nach Tschaidom zu gehen, wo man im Sommer einzutreffen hofft. In Tschaidom wird das bisherige Personal verabschiedet und durch Mongolen und Jaken ersetzt. Den Rest des Jahres gedenkt Dr. Hedin im inneren Tibet zu verbringen, worauf im Spätherbst das Winterquartier für 1900/1901 in einer Höhe von etwa 5000 Meter bezogen werden wird. Nach Hedins Mitteilung erscheint es von großem Interesse, die Eigenschaften eines winterarmen Winters im Hochgebirge zu studieren. Wie der Expeditionsleiter ist der Hauptteil des Expeditionsprogramms erledigt und im Frühjahr 1901 gedenkt Dr. Hedin in der einen oder anderen Art nach Indien vorzudringen, um von hier aus die Heimkehr über Kaschmir und den Karakorum-Paß anzutreten. —

Weibliche Aerzte in Rußland. In einem Aufsatze von Dr. Kallmeyer in St. Petersburg, der in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift die Frage des Frauenstudiums in Rußland erörtert, heißt es: Die weiblichen Aerzte haben sich über das ganze Reich verbreitet und — ihr Feind kann nicht anders sagen — eine geachtete Stellung erworben. Ein Teil von ihnen ist im Amt (seit vorigem Jahre sogar mit staatlicher Pensionberechtigung) als Landchirurginnen, Schularztinnen, Armenärztinnen der städtischen Ambulatorien, ein anderer Teil übt in der privaten Praxis aus, und ein nicht unbeträchtlicher Teil hat einen männlichen Konkurrenten oder Kollegen, einen Rechtsanwalt, Beamten oder Offizier die Hand zu einem glücklichen Ehebande gereicht und der praktischen Medizin mehr oder weniger Valet gesagt. Nun, dagegen ist ja nichts einzuwenden; man hat es aber den Frauen übergenommen, daß sie bei ihrer großen Anspruchseligkeit die Gehälter mancher Männer und Stellen, die vorher Männer innegehabt hatten, im Bewerbungsverfahren herabgedrückt haben und damit den Bedürfnissen und dem Ansehen des Standes nicht gerade förderlich gewesen sind. Hoffentlich wird die eben studierende neue Generation solchen Verirrungen fernbleiben und sich seinerzeit nicht in ihr eigenes Fleisch schneiden. Im übrigen können sie ihrer Älteren Kolleginnen sich durchaus zum Muster nehmen. Frau Dr. A. Schulz im hiesigen Institut für experimentelle Medizin ist eine der besten Kennerinnen der Bakteriologie und hält Kurse, die von Aerzten beiderlei Geschlechts gern besucht werden; Fräulein Dr. Lavroskaja vom städtischen Luchow-Hospital, und einige andere Aerztinnen waren im vorigen Jahre mit der Expedition, die unter persönlicher Leitung des Prinzen von Oldenburg nach Turkestan ging, ausgezogen, um der Pest ein Halt zu gebieten. Sie sind alle unverfehrt zurückgekehrt, aber das ist ein Hebelnenn für eine Frau, der verzeichnet zu werden verdient. Fräulein Dr. Radovskaja hat sich in einer anderen Weise misverständlich gemacht: Zur rechten Zeit und auf die rechte Weise hat sie es verstanden, die Petersburger Gesellschaft für die Errichtung eines Sanatoriums für Schwindsüchtige zu interessieren, und dank ihrer Anregung haben sich bald kleine Mittel von Privaten und große Mittel aus der kaiserlichen Schatzkammer gefunden, um das Sanatorium in Tschihi bei Petersburg zu begründen. In derselben Weise hat später Fräulein Dr. Schabanova sich um die Errichtung eines anderen, an der Küste des baltischen Meeres entstehenden Kinder-Sanatoriums verdient gemacht. —

Zwei Herzen in einer Brust. Ein Mann mit zwei Herzen wird in den New-Yorker Medical News beschrieben. Zu einem Mitarbeiter dieser ärztlichen Zeitschrift kam vor einiger Zeit ein Regener geistigen Alters und verlangte untersucht zu werden. Dem Arzt fiel es sofort auf, daß auf beiden Seiten der Brust unverkennbare Herzgeräusche zu hören waren. Nachdem das Vorhandensein der beiden Herzen auf der linken Brustseite festgestellt worden war, setzte der Arzt das Stethoskop auf die rechte Seite, während er auf der linken

seine Hand hielt. Er hörte nunmehr auf der rechten Seite ebenfalls Herzgeräusche, die aber ganz verschieden von denen waren, die er auf der linken Seite fühlte. Nunmehr drückte der Regener an einer bestimmten Stelle seiner linken Seite, worauf in der linken Brustgegend ein Gehörswulst sichtbar wurde, und dasselbe geschah auch auf der rechten Seite. Als der Arzt auch an diesen Stellen sein Stethoskop ansetzte, hörte er wieder verschiedene Herzgeräusche. Der Regener mußte nun irgend eine Seite bereits auf seinen merkwürdigen Körperbau aufmerksam gemacht worden sein, denn sein Hauptbeschwerde bei der durch den Arzt herbeigeführten Untersuchung war die Frage, ob und wie viel Geld er dadurch verdienen könnte, wenn er sich den Ärzten zur Verfügung stellte. Er hat jetzt bereits einen Kontrakt abgeschlossen, demzufolge er seinen Körper zu einer Untersuchung nach dem Tode bereit stellt. —

Weiteres.
Moderne Jugend. W.: „Was, Dein Vetter ist schon 20 Jahre alt? Du mußt er ja schon einen roten Schmarbart haben?“ B.: „Das nicht, aber eine Wacke!“ —
Druckfehler. Bald darauf betrat Professor Landstiel die Medizerröhre. „Meine lieben Zuhörer!“ begann er. —
Das Schlußzeichen. Erster Adler: Nun, sind Eure Hülfe wochen es? Zweiter Adler (jung vernünftig): Jawohl, gestern haben wir unser Lauben verkauft. —
Vorsorglich. Bauerntöchter (zu ihrem Schwager, der nächsten als Nebrut in die Stadt muß): Du, Tom, wenn's ebbä Krieg a'faugt — hernach sei g'scheit und reich' bi' net drein! —
Aus der Kinderstube. Lieschen (sehr erkrankt darüber, daß das neugeborene Bändchen noch keinen Namen hat): Woher wissen wir denn, daß es zu uns gehört? —
Druckfehler. Beim jedesmaligen Ausstreuen der Künstlerin geriet das Publikum in Entzücken. (Eustige Blätter.)
Die folg'same Tochter. Vater: Weshalb blickst Du denn den Lieutenant dort so ununterbrochen an, Frieda? Das ist durchaus gefährlich! Frieda: Weißt Du, Papa, jetzt wirst Du infolgequent — Bisher hast Du mich stets gelehrt, man solle der Gefahr fest ins Auge sehen! —
Druckfehler. (Aus einer Biographie.) Drei Jahre keilte er als Lehrer in dem hiesigen Realgymnasium. —
Größte Faulheit. Spund: Na, Sumpj, willst Du denn garnicht ins Kolleg gehen? Sumpj: Rec. Es ist ja doch nun mal ein angebrochenes Jahshundert. — (Dorfbardier.)

ins hellste Licht setzt: „Mit der Verwendung chinesischer Arbeiter scheint es nunmehr doch ernst zu werden. Nach einer Mitteilung der Tageszeitung haben die Dampfer des Norddeutschen Lloyd, die auf der Linie Ostasien fahren, als Heizer, Kohlenzieher u. s. w. seit einiger Zeit vielfach Chinesen an Bord. Nach den Schilderungen der Vorgesetzten sind die Stillsitzwilligen zur Arbeit. Sie weichen nicht von dem Platze, der ihnen angewiesen ist, und sind so genügsam, daß die Verköstigung im Verhältnis zu den Ansprüchen der Europäer so gut wie nichts kostet. Sie bereiten sich ihre Mahlzeiten selbst und betrachten die Abfälle aus der Küche des Dampfers, als Köpfe und Betne, selbst Eingeweide von Geflügel, wie auch die diversen Fischabfälle als besondere Delikatessen. Wenn sie solche Leckerbissen erhalten können, so schmoren sie während der Zeit, wo sie keinen Dienst haben, in einem Fort. Als Gage erhalten sie monatlich 30 Mark, während Europäer 60 bis 65 Mark bekommen. An Strafstellung stehen sie den Europäern durchweg nach. Man sieht sie nie betrunken; sie vermeiden den Genuß von Spirituosen gänzlich, dagegen rauchen sie leidenschaftlich gern Opium. Unter den 48 Chinesen eines Dampfers, die im Zeitraum z. B. tätig sind, haben drei Mann, die mit Nr. 1, 2 und 3 gerufen werden, die Befehle entgegenzunehmen und verteilen die Arbeiten, die stets so automatisch ausgeführt werden, als ob es von Figuren wäre. Treffen sie einen ihrer Vorgesetzten an Land, das sie fast nur in größern Kappps betreten, so kommandiert Nr. 1—3, wie etwa ein Unteroffizier bei uns die Soldaten, und sie begrüßen den Vorgesetzten in der höflichsten Weise, indem sie Front machen. In China erhalten diese Leute nach unserm Gelde etwa 30 Pfennig Tagelohn.“ „Es ist erreicht!“ werden die deutschen „hypothetischen“ Unternehmer ausrufen. Endlich haben wir die „Idealarbeiter“ gefunden, die lebendigen Arbeitsmaschinen, welche bei den geringsten Bedürfnissen den höchsten Profit abwerfen. —

Ungarische Sozialpolitik.

Die Direktion des ungarischen Landesjuchthaus in Allava versendet an Unternehmer das nachstehende Rundschreiben:

Sehr geehrter Herr!

Die Industrie-Arbeiter, die in letzter Zeit öfters in Streit getreten, haben wahrscheinlich auch Sie, sehr geehrter Herr, schon in eine unangenehme Lage versetzt, indem Sie durch das plötzliche Einstellen der Arbeit den Unternehmern nicht die bestellte Arbeit liefern konnten, oder vielleicht nur mit den größten Opfern.

Damit Sie künftighin vor solchen unangenehmen Folgen bewahrt bleiben, wird es Ihnen nicht unangenehm sein, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit dahin lenke, daß das k. Landesjuchthaus in Allava unter den günstigsten Bedingungen und unter der möglichsten Zuverlässigkeit, wenn nötig sofort, auf Ihre Verlangen Ihnen eine Tischlerwerkstätte mit 50—60 Arbeiter einrichtet, in welcher Sie ungestört und unbehindert vor etwaigen Streiks Ihre Arbeiten ausführen können.

Allava liegt im Komitat Trencsin im Waagthale, ist Haltestelle der Budapest-Schnell- und Personenzüge, die Abge von und nach der Hauptstadt gehen fünfmal täglich und dauert die Fahrt mit dem Schnellzug fünf Stunden. Mit ausgezeichneter Höflichkeit

Kovacs, Direktor.

Wenn man doch alle Streiker ins Juchthaus stecken und dann den Unternehmern zur Verfügung stellen könnte. Dann könnte sich der ungarische Staat die jetzt geplante Errichtung eines „staatlichen Arbeitsvermittlungsanstalts“ ersparen, das übrigens nach seiner ganzen Organisation doch nur die Aufgabe hat, als Streikbrecheramt zu fungieren.

Charakteristisch für den Geist der ungarischen Sozialpolitik ist auch die Einrichtung der Gewerbe-Inspektion. Diese Gewerbe-Inspektoren haben nach ihrer Dienstfunktion die Aufgabe, den Unternehmern bei der Auffindung neuer Absatzgebiete und der Aufkündigung neuer Handelsbeziehungen behilflich zu sein, sowie als technische Berater bei der Einführung rationeller Betriebsmethoden an die Hand zu gehen. Ihre Bureau's dienen gleichzeitig als Warenmülllager. —

Streik der Kohlengräber.

Zu dem großen österreichischen Grubenarbeiter-Ausstand schreibt die Wiener Arbeiter-Zeitung: Wenn es vor wenigen Tagen noch unsicher schien, ob der Kampf der Bergleute ein allgemeiner werden würde, so ist heute jeder Zweifel beseitigt: Sowohl in den böhmischen wie in den mährisch-schlesischen Revieren ist der Kampf aufgenommen, und in kurzem wird man von einem Generalstreik der Kohlengrubenarbeiter reden können. Heute befinden sich ca. 25 000 Arbeiter im Ausstand, 11 000 in Kladno und 14 000 in Ostrau; in Ostrau vermehrt sich ihre Zahl von Tag zu Tag, und am nächsten Montag werden die Schächte im Pilsener und Mieser Revier stillstehen, so daß in wenigen Tagen voraussichtlich 50 000 Arbeiter im Streik stehen werden. Seitens der Unternehmer und ihrer Werkzeuge stellte man sich bisher auf den brutalsten Probenstandpunkt. Die Direktoren blieben der Sitzung des als Einigungsamt konstituierten Genossenschafts-Ausschusses einfach fern, angeblich weil sie über Forderungen, die ihnen direkt nicht zugegangen sind, auch nicht diskutieren wollen. Sie haben außerdem den Arbeitern die Werkswohnungen gekündigt, und die andere jamose „Wohlfahrts-Einrichtung“, der Werkkonsumverein, giebt weder Brot noch Mehl her. Wenn es nach ihnen ginge, müßten die Arbeiter vor Hunger und vor Kälte zu Grunde gehen.

Zum Glück hängt diesmal der Ausgang nicht von der Menschlichkeit dieser Menschen, nicht von der Einsicht dieser Stützen der Gesellschaft ab. Kohle ist ein rare und darnu ein kostbarer Stoff geworden, und er wird nicht zu haben sein, wenn die Herren Millionäre nicht etwa selbst versuchen wollen, wie behaglich die Arbeit des Häners und Hantlers da unten im Schachte ist. Es wollten auch die Heizer bei den Fördermaschinen auf den Werken der Staatsbahngesellschaft in Streit treten. Als die Direktoren

davon erfuhren, bewilligten sie ihnen sofort einen Minimallohn von 1 fl. 60 kr. Um von jeder Verletzung mit den Streikenden ferngehalten zu werden, dürfen die Heizer die Werke nicht verlassen. Sie schlafen auf Strohsäcken, die ihnen die Gesellschaft hinstellen ließ, außerdem werden sie unentgeltlich verköstigt. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß sie trotzdem in den nächsten Tagen in den Streik treten. Die Kohlennot wird immer größer und macht sich sogar schon im Haushalt bemerkbar.

Aus den nordböhmischen Revieren wird bereits Braunkohle nach Kladno eingeführt. Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen auch dort der Streik eintreten. —

Der „Gegen“ unserer sozialen Gesetzgebung.

Einen recht drastischen Beitrag, wie man in unsemem „Ordnungs“-Staate die alt und invalide gewordenen Arbeiter behandelt liefert ein Fall, welcher der Leipziger Volkszeitung aus Greiz mitgeteilt wird und der gleichzeitig zeigt, wie es mit der gepriesenen Freizügigkeit bestellt ist. Einem invalid gewordenen Arbeiter, der seinen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gemeinde stets gewissenhaft nachgekommen ist, war eine Invalidenrente in Höhe von 11.75 Mark pro Monat zugesprochen und da er von dieser unmöglich seinen Lebensunterhalt decken konnte, zog er zu einem verheirateten Sohne, der dazumal in Pahlitz bei Greiz anständig war, für den er die alltäglichen Hausarbeiten verrichtete. Als aber der Sohn von Pahlitz nach Greiz verzog und seinen alten Vater selbstredend in seinen neuen Heimatsort mitnahm, wurde dem alten Mann vom Greizer Gemeindevorstand eröffnet, daß ihm auf Grund des § 1 des Freizügigkeitsgesetzes die Niederlassung in Greiz verboten sei, da er verarmt sei, denn die von ihm bezogene Invalidenrente reiche keinesfalls aus, seinen Lebensunterhalt zu decken und es sei auch durchaus keine Garantie dafür vorhanden, daß sein Sohn bis an sein Lebensende für ihn weiter Sorge und sich in späterer Zeit keine Armenunterstützung für ihn nötig mache. Da die persönliche Vorstellung beim Gemeindevorstand nichts half, wandte man sich beschwerdefähig an die städtische Aufsichtsbehörde. Man hatte aber die Weichverderbiß verstanden lassen und so wurde das Niederlassungsverbot rechtskräftig. Dem alten Mann ging vom Gemeindevorstand der Weichverbiß zu, daß er sich innerhalb einer festgesetzten Frist von ein paar Tagen aus Greiz zu entfernen habe, widrigenfalls er polizeilich entfernt würde. Für die eingereichte Weichverderbiß soll der Weichverderbißführer außerdem noch 7.45 Mark Kosten zahlen. Man hält diese Thatsachen wahrlich nicht für möglich. Der Gemeindevorstand giebt selbst zu, daß es unmöglich sei, von der Mente den Lebensunterhalt zu decken und trotzdem treibt man einen alten Mann von seinem Miternährer, nur aus purer Angst, es könnte vielleicht einmal der Fall eintreten, daß der Sohn seinen Vater nicht mehr mit ernähren könne und er dann Armenunterstützung beziehen müsse. O, es ist weit gekommen in unserm herrlichen deutschen Reich. —

Handel und Industrie.

Deutschland im Welthandel.

Eine die Bedeutung des deutschen Handels beleuchtende Aufstellung läßt dem neuesten Werk der amtlichen Statistik des Reiches über Gewerbe und Handel sich entnehmen. Hiernach belief sich der Wert des Gesamtäußenhandels aller Handelsstaaten der Welt (Zusammen der Ein- und Ausfuhr) auf 78 Millionen Mark im Jahre 1895 hieron entfielen auf die meistbetheiligten Staaten folgende Prozentanteile:

Jahr	Österr. Monarchie	Russische Asien	Deutsches Reich	Ver. Staaten	Frankreich
1895	16,8	?	11,3	9,7	8,3
1897	16,9	12,7	11,0	9,9	8,1
1896	17,7	12,8	10,8	9,1	8,0
1895	17,4	13,1	10,8	9,2	8,4
1899	18,4	13,1	10,9	9,9	9,7
1885	18,5	12,8	10,1	9,5	10,2
1882	19,7	20,0	10,3	9,9	11,1

Steht Deutschland noch hinter England und Frankreich (mit 8,3) und Amerika (mit 9,7) bedeutend zurück. Der Ueberschuss gegen England, welcher im Jahre 1882 10,3 Prozent gegen 19,7 Prozent betrug, hat 1895 nur noch 11,3 gegen 16,8 Prozent betragen.

Nach die Handelsflotte Deutschlands mit 378 Dampfschiffen und über eine Million Reg-Tonnen rein, sowie 1000 Segelschiffe und über eine halbe Million Tonnen (gerechnet sind nur Dampfer mit mindestens 100, Schiffe mit mindestens 50 Tonnen reinen Manningshaars) reicht zwar an die britische Flotte (mit 3707 Dampfern und 8125 Segelschiffen) nicht heran, ist aber der zweitgrößten Flotte, der der Vereinigten Staaten mit 302 Dampf- und 3697 Segelschiffen an Zahl fast gleich, an Dampfschiffen sogar überlegen.

Endlich macht die Reichsstatistik darauf aufmerksam, daß im Jahre 1898 die Werte der Wareneinfuhr um 35,2 Prozent die Ausfuhrwerte übertrafen haben, unsere Handelsbilanz eine wesentliche passiv war. Zu der That wurden im Jahre 1898 an Rohstoffen für Großgewerbezwecke für 2247 Millionen Mark eingeführt, für 856 Millionen Mark ausgeführt und umgekehrt an Fertigerzeugnissen für 1015 Millionen Mark eingeführt, dagegen für 2396 Millionen ausgeführt. An Nahrungsmitteln betrug die Einfuhr 1819, die Ausfuhr 504 Millionen Mark.

Gemeinde-Zeitung.

Das Züchtigungsrecht der Lehrer war der Gegenstand folgender Entscheidung des Münchener Verwaltungsgerichtshofes: „Der Lehrer ist zur Vornahme empfindlicher körperlicher Züchtigung und zwar sowohl bei Schülern einer anderen als auch bei solchen seiner eigenen Klasse absolut

berechtigt. Da das Verhalten der Schüler auch außerhalb der Schule der Schulzucht unterliegt, so darf die Züchtigung seitens des Lehrers selbstredend auch außerhalb der Schulklokalitäten stattfinden. Das gleiche Recht hat auch der Geistliche in seiner Eigenschaft als Religionslehrer. Die Schulzucht kann nur dann Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden, wenn eine wirkliche oder wesentliche Verletzung des Schülers stattgefunden hat. Als wirkliche oder wesentliche Verletzung gilt aber nur eine solche, die Gesundheit und Leben des Schülers nachweisbar gefährdet. Mutunterlaufungen, blaue Flecken und Striemen gehören nicht hierzu; denn jede empfindliche Strafe läßt eine solche Erscheinung zurück.“ In einzelnen Centralblättern wird mit Unrecht konstatiert, in was für einem Gegenstand diese Entscheidung zu dem bekannten Erlaß des preussischen Unterrichtsministeriums steht, moderne Lehrer aber und vielleicht auch Geistliche werden sich bedanken für die Rolle, die ihnen hier überwiehen wird; die ihnen zu Erziehungsüberwiehenen Kinder und jungen Leute in und außerhalb der Schule strahllos zu verprügeln, daß die Pflanzgeföhlenen Mutunterlaufungen, blaue Flecken und Striemen davon nach Hause tragen. Die Pädagogen sind doch nicht dazu da, die Kinder, die sie erziehen sollen, zu verrohen. Wenn die Kinder wirklich solche Lehrer haben, dann wundern man sich auch nicht über die zunehmende Verrohung und Kriminalität der Jugendlichen, über die jetzt so viel geklagt wird.“ —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Maurer Friedrich Verloß zu Wabeleben, geboren 1857, verurtheilt am 1. November 1899 abends aus dem Stall der Witwe Klische ein Schwein zu stehlen, wurde dabei aber geföhrt und entfernte sich deshalb. Da wiederholter Mißthat vorliegt, erlännte die Gerichtshof auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Der Fabrikarbeiter Ludo Ruff, geboren 1881, und Heinrich Freund, zu Neustadt, arbeiteten zusammen in einer Cigarrenfabrik, konnten sich aber nicht vertragen und gerieten deshalb öfters an einander. Im Juli 1899 soll Ruff dem Freund mit einem Messer einen blutigen Miß beigebracht und ihn am 12. Oktober wiederholt mit einer Flaße auf den Arm geschlagen haben. Da der Gerichtshof erachtete den ersten Fall nicht für genügend angeklagt, verurtheilte aber den Ruff im zweiten Falle wegen gefährlicher Körperverletzung unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Mk. Geldstrafe. —

Der Stellmacher Heinrich Schneider zu Allen, geb. 1875, verurtheilt am 6. August 1899 auf dem Heimwege von Salsigla dem Arbeiter August Kreuzler, der ihn belästigte und durch Nebenarten reizte, mit einem Stock mehrere Schläge auf den Kopf und über den Arm. Den Angeklagten traf wegen gefährlicher Körperverletzung 50 Mark Geldstrafe. —

Die verheiratete Schuhmacher Thiele, Martha geb. Dhle, hier, geboren 1863, hatte am 9. August 1899 in der Neustädter Feldmark Hase und Kartoffeln gestohlen und in ihre Kieme gethan. Als der Feldhüter sie abfaßte, bot sie ihm ein Geldgeschenk an, wenn er sie nicht anzeige. Der Gerichtshof belegte die Angeklagte wegen versuchter Diebstahlung mit 30 Mark Geldstrafe. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der vorbestraute Steinbrucharbeiter Franz Münte zu Pöbky, geboren 1879, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Majestätsbeleidigungs-Prozess des Süddeutschen Postillon.

Vor dem Münchener Schwurgericht fand die Verhandlung gegen den als verantwortl. Zeichner des Redakteur des Süddeutschen Postillon wegen Majestätsbeleidigung statt. Zeuginnen waren ein Bild, auf welchem Terentius und sein Adjutant ein Zwiegespräch darüber führen, was nun Terentius's Aufsehenregendes thun könnte. Nach einer eindringlichen Verteidigungsrede Dr. Bernheims, der u. a. auch sagte, die Geschworenen sollten es in Bayern nicht Brauch werden lassen, daß jedes freie Wort ungedrückt werde und sollten dafür sorgen, daß in Bayern nicht wie in Preußen die Praxis der Majestätsbeleidigungsprozesse einreißt, fielen die Geschworenen ein freisprechendes Verdict. Auf Antrag des Staatsanwalts gab dann der Gerichtshof die beschlagnahmten Exemplare frei und unter munterer Postillon dard sein rechtliches Lied frohlich weiterblasen. —

Schutz vor Säukelenten! Große Aufregung erregte es im Mai v. J. in der Gegend von Halle, als der Polizeidiener Mathias Müller aus Ammer den 19-jährigen Zehleier Oswald Weitzmann aus Bertelsdorf, den er mit einem Genossen beim Wetten in Waldbrach angetroffen hatte, bei einem Stuchversuch einfach niederstößt. Der Polizeibeamte wurde vom Landgericht Halle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. —

In Stolberg bei Aachen gerieten Rekruten mit Polizisten in Konflikt, weil die Polizisten den jungen Leuten die hinteren Rekrutenröcke von Hute reißten wollten. Besonders der Arbeiter Luedel verteidigte sich gegen die Uebergriffe der Polizisten; man riefen aber die Polizeibeamten Graf, Kamann, Nobis und Nohem über ihn her und bearbeiteten ihn mit Säukeln und Säbeln. Wegen dieser Vorfälle wurde gegen drei junge Leute Anklage erhoben wegen groben Unfugs, Widerstandsleistung gegen die Beamten, die sich in berechtigter Ausübung ihres Amtes befanden, gegen Luedel außerdem wegen Beleidigung der Polizei, und seine Begleiter wegen Gefangenenbefreiung. Alle Zivilisten, die als Zeugen auftraten, befanden einstimmig die volle Unschuld der drei Angeklagten. Der Gerichtshof konnte sich dem nur anschließen und verurteilte Luedel nur wegen der durch seinen Zorn begangenen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe. Im Urtheil wird festgestellt, daß die Angeklagten nichts gethan hätten,

